

# Anhang

## A.1 Kapitalismus und Sozialismus

### A.1.1 Widersprüche in den Eigentumsverhältnissen

Unsere Perspektive erwuchs aus den Umständen der Achtzigerjahre, aber diese Perspektive weist auf eine Geistesgeschichte des vorangegangenen Jahrzehnts zurück. Wir unterlagen intellektuellen Einflüssen französischer Althusserianer und in gewissem Maße der Tradition italienischer Bordigisten. Ende der Siebzigerjahre waren wir überzeugt, dass zum einen die Weiterentwicklung kommunistischer Politik in Westeuropa Fortschritte in marxistischer Theorie erforderten und dass zum anderen solch theoretischer Fortschritt sich nur im Kontext von Fragen entwickeln kann, die sich aus den Anforderungen der politischen Bewegung ergeben. Insbesondere beschäftigten wir uns mit programmatischen Fragen des Übergang zum Sozialismus in Westeuropa sowie der Natur einer sozialistischen Ökonomie.

Beim Schreiben von *Towards a New Socialism* hatten wir eine klare Vorstellung von dem, was Produktionsweisen sind und wie Übergänge zwischen ihnen ablaufen. Einige dieser Ideen wirken im Hintergrund dieses Buches.

Unsere Analyse ergab, dass die Entwicklung des Kapitalismus zur Abschaffung des Privateigentums und so in Richtung Kommunismus tendiert. Diese Entwicklung manifestiert sich zunächst auf der Ebene der Eigentumsverhältnisse, in der nach und nach Besitzformen entstehen, die die zunehmende Vergesellschaftung der Produktionsmittel reflektieren: kleine Warenproduzenten, kapitalistische Unternehmen, Aktiengesellschaften, staatliches Kapital, sozialistisches Eigentum. Zeitgleich mit der Entwicklung dieser Eigentumsformen beginnt die Kapitalakkumulation an interne Grenzen zu stoßen. Die Arbeiterklasse stabilisiert sich und ist zunehmend in der Lage, ihre Lebensbedingungen zu verteidigen. Das Kapital trifft auf Hindernisse der Akkumulation, die mit fallenden Profitraten zusammenhängen. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts ermöglicht der Arbeiterklasse, etwas Einfluss in der Politik zu nehmen. All die Effekte dieser Entwicklung führten zu periodischen Strukturkrisen. Diese Krisen können entweder auf fortschrittliche oder auf reaktionäre Weise gelöst werden. Entscheidend für das Ergebnis ist, ob es eine Bewegung der Arbeiterklasse mit ihrer eigenen politischen Ökonomie und einem entsprechenden Herangehen an die ökonomische Umgestaltung gibt. Ohne ein unverkennbares und fortschrittliches Wirtschaftsprogramm ist die Lösung der Strukturkrisen zugunsten der Arbeiterklasse unmöglich. In den entstehenden Krisen ist die Umwandlung der Besitzverhältnisse in Richtung oder weg vom Kommunismus die politische

Schlüsselfrage<sup>1</sup>.

Unsere Analyse des Problem sozialistischer Besitzverhältnisse begann mit einer Kritik empirizistischer Darstellungen über das, was Eigentumsverhältnisse bedeuten. Eine empirizistische Darstellung behauptet, dass der Kern kapitalistischer Besitzverhältnisse der Privatbesitz an den Produktionsmitteln ist; der Kern kommunistischer Revolution ist ihre Abschaffung. Diese Formulierung hat zwei theoretische Konsequenzen: Sie beseitigt die Unterscheidung zwischen verschiedenen kapitalistischen Eigentumsformen (z. B. individuelles Eigentum, GmbH, Staatseigentum und genossenschaftliche Eigentumsformen) und ihre ökonomische und politische Artikulation; und sie reduziert die Frage des Aufbaus des Kommunismus auf einen einzigen Akt der „Abschaffung“. Man muss im Gegenteil den Prozess der Abschaffung des Kapitalismus als das Durchlaufen einer Folge von Besitzformen ansehen, die aus sich selbst heraus auf die Abschaffung von Privateigentum hinaus laufen.

Um den Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus zu verstehen, muss man sehen, dass es nicht auf die unveränderlichen Besitzverhältnisse des Kapitalismus ankommt, sondern auf ihre Variationsbreite im Kapitalismus und im Übergang zum Kommunismus. Solch eine Untersuchung ist wichtig für ein adäquates Verständnis der jeweils aktuellen Verhältnisse, für die Ausarbeitung eines kommunistischen Programmes und folglich für die Bestimmung der Ziele kommunistischen Eingreifens.

Bei der Überprüfung von Eigentumsverhältnissen beginnt man nicht mit dem Eigentum, wie es erscheint, mit der juristischen Bezeichnung von Besitzverhältnissen. Eigentumsverhältnisse lassen sich vielmehr als besondere Art von Reproduktionsverhältnissen erkennen. Folglich müssen Eigentumsverhältnisse im Kontext der zugehörigen sozialen Reproduktionsform begriffen werden. Gesellschaftliche Kontinuität hängt von der ewig sich wiederholenden Produktion materieller Güter ab, die lebensnotwendig sind. Soziale Einheit entsteht aus der Verbindung und gegenseitigen Abhängigkeit der verschiedenen Aspekte gesellschaftlicher Produktion. Daher muss der Ausgangspunkt jeglicher Untersuchung einer Gesellschaft ihr Prozess der materiellen Reproduktion sein - genau so wie die wissenschaftliche Biologie die Reproduktion der Arten als ihren Ausgangspunkt nimmt. Die materielle Produktion einer Gesellschaft muss in einer organisierten Weise innerhalb des Rahmens stattfinden, der durch eine oder mehrere Formen gesellschaftlicher Reproduktion vorgegeben wird und die Marx als Produktionsweisen bezeichnete.

Eine Produktionsweise bedarf einer klaren Struktur der Produktivkräfte, d. h. einer spezifischen technischen Organisation der Elemente des Arbeitsprozesses. Durch diese Organisation werden fest umrissene technische Beziehungen zwischen den verschiedenen Elementen des Produktionsprozesses hergestellt. Rohmaterial und andere Arbeitsgegenstände erfordern geeignete Arbeitsmittel, wenn sie zu Endprodukten aufgearbeitet werden sollen. Die Art und Weise der technischen Beziehungen, die das System der Produktivkräfte ausmachen, ist hauptsächlich durch die eingesetzten Werkzeuge bestimmt. Diese legen fest, welche Ressourcen als Arbeitsgegenstände verfügbar sind, welche Art physischer Operationen die Arbeiter ausführen müssen und welche Arten der Zusammenarbeit und Arbeitsteilung möglich sind. Am wichtigsten ist, dass das System

---

<sup>1</sup>Ob die Krise zur Revolution im Sinne eines gewaltsamen Sturzes der Staatsmacht führt oder nicht, ist eine relativ unabhängige Frage, die vom politischen und militärischen Kräfteverhältnis im Staat abhängt.

der Produktivkräfte den Umfang und die Eigenschaften der grundlegenden Produktionseinheiten bestimmt und folglich auch bestimmt, welche Formen ihrer Nutzung im Einklang mit der Aufrechterhaltung der Produktion sind.

Produktionseinheiten sind zentral für das Verständnis von Eigentumsverhältnissen. Produktionseinheiten sind Zusammenfassungen von Arbeitern und Produktionsmitteln, innerhalb derer bestimmte organisch verbundene Arbeitsprozesse stattfinden. Innerhalb der Produktionseinheit sind die verschiedenen Arbeitsprozesse direkt verbunden und stehen in eindeutigen, technischen Beziehungen zueinander, da das Ergebnis eines Prozesses unmittelbar in den nächsten eingeht. Wie Bettelheim feststellt:

Die materielle Basis der Produktionseinheit ist eine Anordnung von Arbeitsmitteln, die dazu dient einen bestimmten Arbeitsprozess zu reproduzieren. Eine Produktionseinheit besteht nur so lange wie die Reproduktion einer Zusammenfassung von Arbeitsprozessen fortgeführt wird; das Fortbestehen der Arbeitseinheit im Verlauf der Zeit ist nichts anderes als die Existenz von aufeinander folgenden Zyklen der stets gleichen Arbeitsprozesse unter Verwendung der stets gleichen Arbeitsmittel. (Bettelheim, 1971, S. 94)

Wir unterscheiden drei Funktionen, die aus den Besitzverhältnissen hervorgehen:

- *Ebene 1 der Besitzverhältnisse* sichert die Reproduktion der Produktionseinheiten.
- *Ebene 2 der Besitzverhältnisse* sichert die Aneignung des Mehrprodukts.
- *Ebene 3 der Besitzverhältnisse* bestimmt die Verteilung des Mehrprodukts.

Obwohl diese Funktionen analytisch klar voneinander unterschieden sind, folgt daraus nicht, dass eine besondere Art des Besitzverhältnisses nur eine Funktion ermöglicht.

In jedem Augenblick sind Veränderungen einer bestehenden konkreten Struktur von Besitzverhältnissen auf solche begrenzt, die mit der kontinuierlichen materiellen Reproduktion der Gesellschaft verträglich sind. Nur innerhalb eines solchen Variationsrahmens können effektive politische Kämpfe Eigentumsverhältnisse verändern. Bewegungen innerhalb dieses Rahmens sind die Resultante zweierlei Kräfte: dem System der Produktivkräfte, insbesondere hinsichtlich seines technologischen Aspekts, sowie dem Klassenkampf. Veränderungen im System der Produktivkräfte bewirken eine Verschiebung der Grenzen oder des Spielraums des Variationsrahmens der möglichen Veränderungen. Z. B. ist die Entwicklung der Großindustrie eine Voraussetzung dafür, dass entweder GmbHs oder Staatskapitalismus die vorherrschende Form kapitalistischen Eigentums werden kann.

Der Variationsbereich der vorherrschenden Formen ändert sich mit der Zeit. Zur Zeit schließt es GmbHs und Staatskapitalismus ein, dagegen schließt die gegenwärtige Konfiguration der Produktivkräfte die Vorherrschaft von Einzelbesitz aus. Die Unmöglichkeit, zu dieser Form der Vorherrschaft zurückzukehren, wird durch die wiederholten Mißerfolge der reaktionären populistischen Bewegungen des Kleinbürgertums seit der Entstehung der Maschinenbauindustrie bestätigt. Das weist auf die zweite Kraft hin, die an der Transformation der

Besitzverhältnisse beteiligt ist, nämlich den Klassenkampf. Sobald ein neues System der Produktivkräfte und Eigentumsverhältnisse entstanden ist, werden die Veränderungen innerhalb dieses Feldes durch die Politik bestimmt. Politischer Klassenkampf ist immer ein Kampf um die Staatsmacht, doch Staatsmacht ist das Mittel, mit dem bestimmte Besitzverhältnisse geändert oder abgeschafft werden können. Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen sind die strategischen Ziele des klassenbewussten Kampfes. Sie geben dem Kampf einen strategischen Inhalt. Ohne konkretes Verständnis des Rahmens, in dem dieser Kampf geführt werden kann, und der Bedeutung der unterschiedlichen möglichen Transformationen ist kein wissenschaftlich begründeter Klassenkampf möglich.

Die der kapitalistischen Produktionsweise eingeschriebene Tendenz ist auf die Abschaffung allen persönlichen Privateigentums gerichtet. Als erstes werden die direkten Produzenten enteignet und auf den Status besitzloser Proletarier reduziert. Dann vernichtet die Zentralisation von Kapital und die Bildung von Aktiengesellschaften den persönlichen Besitz des Privatkapitalisten. Mit den GmbHs wird Eigentum von der Kontrolle getrennt. Der Kapitalist als Organisator und Kontrolleur des Produktionsprozesses wird auf einen (wenn auch gut bezahlten) Funktionär reduziert, während der Kapitalist als Eigentümer auf einen funktionslosen Rentier reduziert wird. Das persönliche Eigentumsverhältnis eines Rentiers seinerseits wird eine juristische Fiktion, eine reine Ebene-3-Beziehung, die nur mit der Verteilung des Mehrwerts befasst ist und damit keine effektive Kontrolle über die Produktionsmittel ausübt. Funktional überflüssig geworden für die Wirkungsweise des Kapitalismus, kann der Rentierbesitz allmählich verschwinden. Dieses „Verschwinden“ ist jedoch nicht dasselbe wie eine Abschaffung. Die Vorherrschaft des Rentierbesitzes wird reduziert auf die Bildung neuer Kapitalformen, doch Aktienbesitz besteht aus folgenden Gründen weiterhin:

1. Die technologische Entwicklung und die Kapitalkonzentration sind ungleichmäßige Prozesse. In einigen Bereichen verläuft der Konzentrationsprozess langsamer: Kapitale, die erstmals in neuen technologischen Bereichen entstanden sind, wiederholen die Entwicklung des Kapitals als Ganzes. Einige Kapitale aus früheren Entwicklungsphasen existieren weiterhin.
2. Aktienbesitz bleibt die standardmäßige juristische Form des kapitalistischen Besitzes. Indem die gleiche juristische Form bei verändertem ökonomischem Gehalt beibehalten wird, offenbart sich das Konservative am Kapitalismus. Unternehmen konstituieren sich weiterhin durch Aktienbesitz als Objekte von Privateigentum, doch die konkreten Personen, die die Subjekte dieses Eigentumsverhältnisses verkörpern, wechseln. An die Stelle der Rentiers tritt eine Hand voll großer Finanziere und eine noch kleinere Gruppe von unpersönlichen Finanzinstituten, Banken, Versicherungen und Investment Trusts. Der private Aktionär wird nicht völlig abgeschafft oder enteignet, er wird eben nur allmählich ersetzt.

Die unaufhörliche Entpersönlichung von Kapitaleigentum untergräbt jedoch nicht den kapitalistischen Charakter der Produktion. Sie kündigt kein neues Zeitalter von Management oder Technokratie an, sie beweist nur den sachlichen Charakter der Gesetze, die die Produktionsweise bestimmen. Zurückblickend bestätigt moderner Kapitalismus Marx' These, dass die Persönlichkeiten, die

die wirtschaftliche Bühne betreten, nur Bevollmächtigte oder Personifizierungen objektiver Funktionen sind, die durch die Produktionsweise bedingt sind. Kapitalismus als Produktionsweise bleibt rechtlich ohne Aktiengesellschaften oder Einzelunternehmer machbar. Rein theoretisch ist daher Bettelheims Behauptung, dass die UdSSR kapitalistisch war, nicht von vornherein lächerlich. Aber die entscheidende Frage ist, ob die Produktionseinheiten selbst sich über Warenbeziehungen reproduzieren. Damit dieser Fall eintritt, d.h. das Wertgesetz als Regulator wirkt, muss es die Möglichkeit zum Bankrott geben. Ein Eigentümerwechsel vom Privateigentümer zum Staat untergräbt den Bankrott als Regulator; dies war tatsächlich einer der Haupteinwände der Österreichischen Schule gegen Sozialismus. Die Schließung einer Firma wird eine politische Entscheidung, die dem politischen Druck der Arbeiter und nicht dem automatisierten Akt eines autonomen ökonomischen Bereiches unterliegt.

Mit fortschreitendem Kapitalismus besteht ein wachsender Anteil des Vermögenswertes einer Firma in „geistigem Eigentum“: Patente, Urheberrechte, Markenzeichen. Diese zunehmende Bedeutung von geistigem Eigentum ist eine Konsequenz technologischer Veränderungen. Informationstechnologien, die im weitesten Sinne entwickelt wurden, um die Vervielfältigung und Übertragung von Information zu erleichtern, waren der dynamischste Bereich technologischer Entwicklung in den letzten 40 Jahren. Telekommunikation, Fotokopie, Fax, Software, das Internet, Computerspiele, Digitalkino haben die Kopierkosten und die Kosten für die Verbreitung von Informationen stark herunter gedrückt. Mit billiger werdender Informationsverbreitung wuchs der Anteil der Bevölkerung, der in der Informationsproduktion beschäftigt ist: Softwareentwicklung, TV- und Videoproduktion, Veröffentlichungen aller Art. Allen diesen Bereichen ist gemeinsam, dass der Arbeitsaufwand für die Informationsproduktion beträchtlich sein kann - Millionen von Arbeitsstunden für einen Kassenschlager-Film -, der Arbeitsaufwand zum Kopieren jedoch verschwindend gering wird.

Analog sieht es bei der pharmazeutischen und der biotechnologischen Industrie aus. Hier kann der für die Entdeckung und Untersuchung eines Medikaments erforderliche Arbeitsaufwand groß sein, aber wenn einmal die chemische Formel und ihre Anwendung verstanden sind, spielen die zusätzlichen Kosten für die massenhafte Tablettenproduktion in der Regel keine Rolle mehr.

Bezeichnen wir die für die Replikation dieser Produkte erforderliche Information als „geronnene Information“. Diese geronnene Information hat einen Wert, nämlich die Arbeit, die benötigt wird, um die Information zum ersten Mal herzustellen. Unter kapitalistischen Eigentumsverhältnissen ist die Reproduktion durch Firmen, die in dieser Industrie tätig sind, nur möglich, wenn sie gesetzlich festgesetzte Monopolrechte erworben haben, die ihnen ermöglichen, die Kosten der Herstellung oder Entdeckung der geronnenen Information zurückzugewinnen. Dazu verkaufen sie das Produkt weit über seinem Wert. Dies ist an sich schon eine un stabile Situation. Kapitalistische juristische Eigentumsverhältnisse geraten in scharfen Konflikt mit dem Potenzial der Produktivkräfte. Die Durchsetzung der Eigentumsverhältnisse wird problematisch.

Dies wird in mehr und mehr Bereichen geschehen. Die Explosion des Kopierens von Daten über das Internet erlaubt den Menschen der Monopolmacht der Film- und Medienindustrie auszuweichen. Die Hersteller preiswerter Nachahmerpräparate ermöglichen AIDS-Patienten grundsätzlich den Zugang zu Leben rettenden Medikamenten, die ihnen die pharmazeutischen Monopole verweigern würden. In den meisten Städten gibt es Geschäfte, die nichts anderes verkaufen

als illegal hergestellte CDs. Versuche großer Firmen, Bezahl-Fernsehstationen (Pay-TV) und Aufzeichnungsformate zu verschlüsseln, werden postwendend von Hacker-Geräten geknackt, die auf dem Schwarzmarkt erhältlich sind. Das Grundproblem für den Kapitalismus ist jetzt, dass die Technologieentwicklung dem Privatbesitz entgegen wirkt. In der Vergangenheit war Vermögen im Grunde an physische Objekte gebunden, dessen Besitz viel leichter zu überwachen ist als ein Besitz an Information. Nicht nur, dass Privatbesitz an Information nicht erzwungen werden kann, er bringt auch nichts ein und die Produktion ist nicht gewinnbringend.

Gleichzeitig sehen wir kommunistische Formen von Anti-Besitz entstehen, die durch dieselbe technologische Revolution hervor gebracht werden: die Open-Source-Bewegung und die Copyleft-Bewegung. Vieles im Internet läuft jetzt auf Open-Source-Software, wie das Betriebssystem Linux und der Apache Web Server. Diese Software, die nicht aus Profitgründen geschrieben wurde, sondern aus der einfachen Genugtuung, ein nützliches Produkt zu erzeugen, nimmt eine Zukunft voraus, in der produktive gesellschaftliche Arbeit am Ende zum Selbstzweck wird. Diese Vorboten zeigen, dass Privateigentum zu einem Hindernis technologischer Entwicklung geworden ist. Innerhalb einer sozialistischen Wirtschaft in kontinentalem Umfang könnten die Gemeinkosten für die Erzeugung von Information - seien es Videos, Software oder neue Pharmazeutika - aus einer allgemeinen Besteuerung bestritten werden, so dass die Information selbst kostenlos verbreitet werden kann.

### **A.1.2 Widersprüche im Akkumulationsprozess**

Zusätzlich zu den oben beschriebenen Veränderungen in den Besitzverhältnissen gibt es langfristige Strukturentwicklungen, die das fortschreitende Eindringen sozialistischer Elemente im kapitalistischen System vorantreiben.

Im Kapitalismus dreht sich alles um die Akkumulation von Eigentum. Das Ziel aller Firmen ist, ihr Grundkapital und gleichzeitig ihren Umsatz zu erhöhen. Aber diesem Prozess sind innere Grenzen inhärent, die bedeuten, dass jede längere Periode kapitalistischen Wachstums in Stagnation und Rezession endet. Es gibt eine Fülle marxistischer Literatur hierüber, auf die wir hier nicht eingehen können, aber einige der Schlüsselkonzepte sind relativ einfach zu verstehen.

Betrachten wir eine „typische“ Firma in einer sich entwickelnden kapitalistischen Wirtschaft. Angenommen diese Firma macht 10 % Gewinn vom Umsatz. Und nehmen wir weiter an, dass eine Hälfte des Profits vom Besitzer verbraucht und die andere für interne Investitionen zurück gelegt wird. Dann wird die Firma im Idealfall um 5 % pro Jahr wachsen. Dies passiert in einer sich schnell entwickelnden kapitalistischen Wirtschaft wie China. Der kapitalistische Sektor der Wirtschaft kann nachhaltige Wachstumsraten dieser Größenordnung durchaus für einige Jahrzehnte aufweisen. Mit dem Wachsen der typischen Firma nimmt sie mehr Beschäftigte auf, kauft zusätzliche Bestände an Rohmaterial und erwirbt größere Gebäude. Angenommen die Zahl der Beschäftigten wächst gradlinig mit dem Umsatz um 5 %. Wenn etwas mit 5 % pro Jahr wächst, verdoppelt es sich ungefähr alle 14 Jahre.

Angenommen, im Jahr 1990 waren 200 Millionen in diesen chinesischen Firmen beschäftigt. Bis 2004 würde die Zahl auf 400 Millionen angewachsen sein. Offensichtlich könnte selbst im bevölkerungsreichsten Land der Welt diese

Wachstumsrate nicht viel länger anhalten. Dieses schnelle Beschäftigungswachstum hängt von der Existenz eines Bevölkerungsüberschusses in der Landwirtschaft ab. In der Geschichte hatten bäuerlichen Bevölkerungen eine relativ hohe Geburtenrate, die angesichts hoher Kindersterblichkeit notwendig war. Die ersten Modernisierungsphasen waren typischerweise begleitet von öffentlichen Gesundheitsprogrammen, die die Kindersterblichkeit reduzierten, wie Impfkampagnen, Maßnahmen zur Begrenzung von Insektenplagen und Vorkehrungen zur Versorgung mit sauberem Wasser. Dies erzeugte in der Welt insgesamt eine enorme Überbevölkerung, die zur kapitalistischen Beschäftigung heran gezogen werden kann.

So wie die Menschen in Städte ziehen und Lohnabhängige statt Bauern werden, ändern sich auch die Familienstrukturen. Die Familie ist nicht länger eine Produktionseinheit, in der Kinder zusätzliche Arbeitskraft bedeuten. Nach etwa einer Generation sind Arbeiterfamilien kleiner, das Bevölkerungswachstum verlangsamt sich und die Abwanderung in die Städte wird weniger signifikant. Abbildung A. 1 zeigt diese Entwicklung in China, wo durch die Ein-Kind-Familien-Politik dieser Prozess beschleunigt worden ist, aber wenn wir uns frühere kapitalistische Länder anschauen, können wir die Auswirkungen dieser demografischen Übergänge sehen.

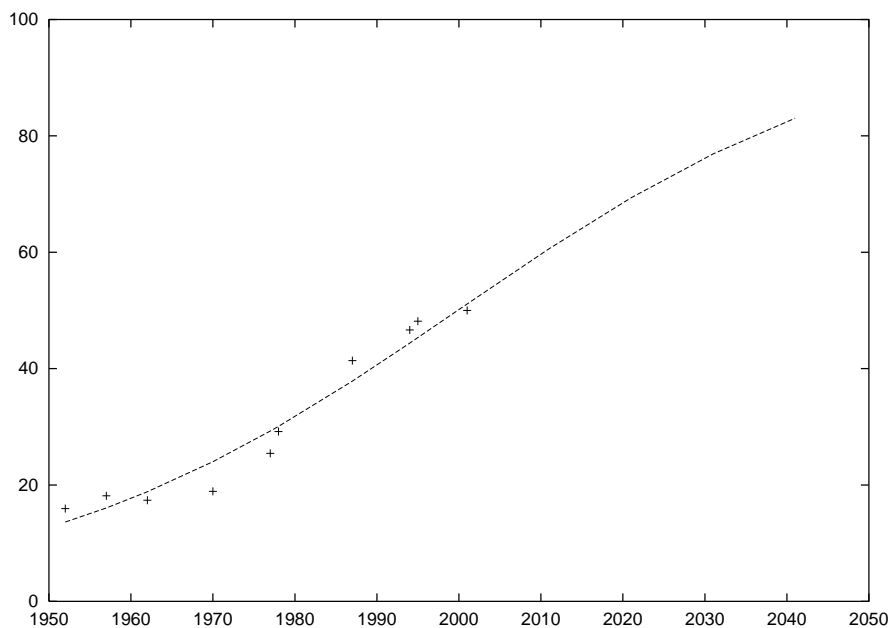


Abb. A.1: Wachstum des nicht-bäuerlichen Prozentanteils der chinesischen arbeitenden Bevölkerung. Zahlen nach 2001 sind Projektionen unter Anwendung einer logistischen Kurve<sup>2</sup>. Quelldaten von Madison (1998)

In Großbritannien war die Abwanderung der Landbevölkerung in die Stadt

---

<sup>2</sup>Anm. der Übers.: Eine logistische Kurve ist die Lösungskurve einer sog. logistischen Gleichung. Dies ist eine Differenzialgleichung, die ein Wachstum beschreibt, das der Beschränktheit des Wachstums Rechnung trägt. Beim Wachstum z. B. einer Bakterienkultur erhöht sich nach Erreichen eines „Sättigungspunktes“ die Sterberate, weil der individuelle Lebensraum abnimmt, d.h. die Wachstumskurve flacht ab.

tatsächlich vor 100 Jahren abgeschlossen. Mit der Stabilisierung und Sesshaftigkeit der proletarischen Bevölkerung verbreiteten sich Gewerkschaften und Streiks und Arbeitskämpfe gehörten zur Tagesordnung. Es wurde für die Unternehmer schwieriger, ihre Arbeitskräfte auf dem alten Lohnniveau zu halten. Die steigenden Kosten für die Arbeitskraft und das begrenzte Potenzial für neue Beschäftigte zwingt zu kapitalintensiveren Investitionen. Die Kapitalakkumulation verschiebt sich von extensiver zu intensiver Art. Das Verhältnis Kapital zu Arbeit wuchs (Cockshott, Cottrell und Michaelson, 1995).

Angenommen wir versetzen unsere „typische“ Firma ein Jahrhundert zurück ins England von 1904. Bei einem jährlichen Umsatz von 100.000 Pfund Sterling bezahlte der Chef 20.000

Pfund an Löhnen, 60.000 Pfund für Rohmaterial und Wertverlust der Fabrik und behielt einen Gewinn von 20.000 Pfund. Das bedeutete eine Profitrate von 20 % auf seinen Umsatz und 25 % auf das vorgeschossene Kapital. Da er keine neuen Arbeiter einstellen kann, entscheidet er sich für eine jährliche Investition in Maschinen und Gebäuden von 10.000 Pfund. 1912 hätte er ein Kapital von 160.000 Pfund und modernere Werke, aber wie war es um seine Profitabilität bestellt?

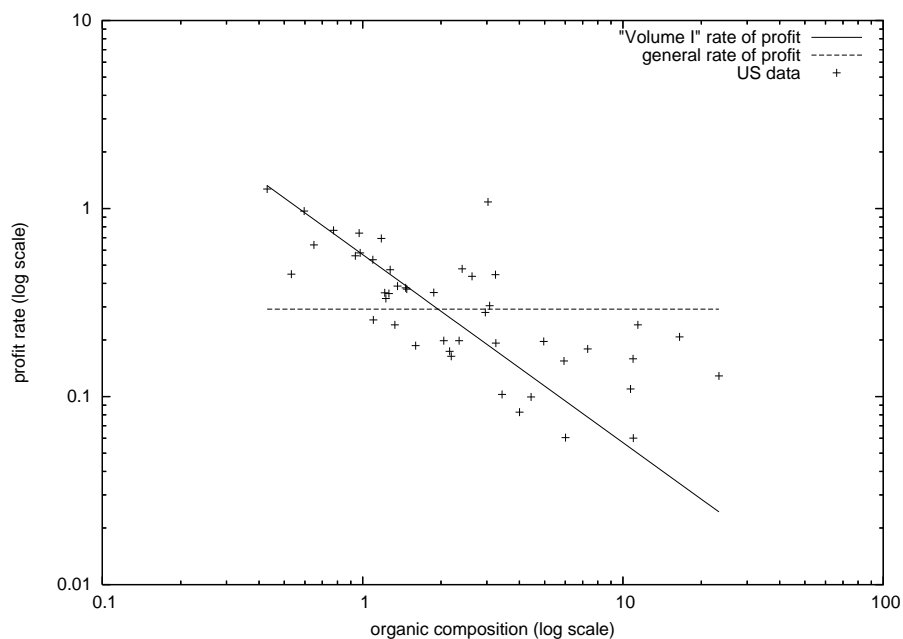


Abb. A.2: Beziehung zwischen organischer Zusammensetzung des Kapitals und der Profitrate für 47 Industrien in den USA, 1987, dargestellt in logarithmischer Skalierung. Die fallende Linie ist die Profitrate, die zu erwarten wäre, wenn die Industriegewinne proportional zur Anzahl der Beschäftigten sind. Die horizontale Linie entspricht der Erwartung, wenn alle Industrien dieselbe Profitrate aufweisen würden. Die Profitrate ist tendenziell niedriger bei Firmen mit einer höheren organischen Zusammensetzung. Quelle: Cockshott und Cottrell (2003).

Er würde wahrscheinlich nur 20.000 Pfund verdienen. Warum? *Weil der Gewinn einer Firma tendenziell nicht vom eingesetzten Kapital abhängt, sondern von der Anzahl der Beschäftigten.* Der in der Produktion hinzu gefügte Wert



rührt von der Beschäftigung von Menschen, nicht von Maschinen her. Dieser hinzu gefügte Wert wird dann zwischen Löhnen und Gewinn aufgeteilt. Der Wertanteil, der als Gewinn zählt, fluktuiert zwischen Firmen und von Jahr zu Jahr, aber der durchschnittliche Profitanteil tendiert zu etwa 50 % des hinzu gefügten Werts (Farjoun und Machover, 1983). Folglich tendieren Firmen mit ansteigendem Verhältnis von Kapital zu Arbeit zu prozentual niedrigeren Gewinnen auf ihr Kapital. Unser Kapitalist hätte immer noch einen jährlichen Mehrwert von ungefähr 40.000 Pfund, aufgeteilt zu 20.000 Pfund als Profit und 20.000 Pfund in Löhnen. Natürlich hätte er Glück haben und seine Waren zu einem etwas höheren Preis verkaufen oder einen Streik abwenden und niedrigere Löhne zahlen können. Er könnte aber auch Pech gehabt haben und gezwungen gewesen sein, billiger zu verkaufen, oder einen Streik verloren haben. Wenn wir eine repräsentative Firma nehmen, gleichen sich diese Möglichkeiten aus.

Der allgemeine Aspekt ist in Abbildung A.2 veranschaulicht. Er zeigt für die USA, wie Industrien mit hohem Verhältnis von Kapital zu lebendiger Arbeit zu niedrigen Profitraten tendieren - ein Sachverhalt, den Marx als Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate bezeichnete. Ähnliche exemplarische Daten gibt es für Großbritannien. In dem Maße, in dem intensive Kapitalakkumulation zu höheren Verhältnissen von Kapital zu lebendiger Arbeit führt, nimmt die Profitrate tendenziell ab. Dies gilt sowohl über die Zeit als auch für die Industriebereiche. Die kapitalintensiveren Industrien sind weniger profitabel und, da mehr und mehr Industriebereiche kapitalintensiv werden, nimmt die erwartete Profitrate einer „typischen“ Firma im Laufe der Zeit tendenziell ab (siehe Abbildung A.3 und Tabelle A.1).

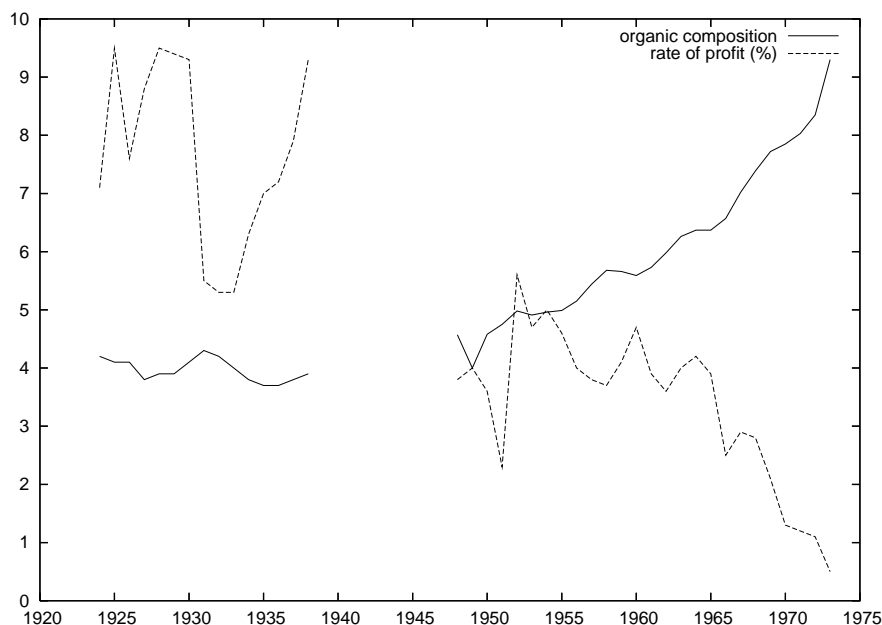


Abb. A.3: Zeitreihenausdruck der Entwicklung der organischen Zusammensetzung des Kapitals und der Profitrate für die Gesamtindustrie Großbritanniens, 1924-1973, aus: Cockshott, Cottrell und Michaelson (1995).

Die Abnahme der Profitrate bei zunehmender organischer Zusammensetzung

zung ist ein früher Indikator für die Unvereinbarkeit von Privateigentum mit der langfristigen technologischen Entwicklung. Es ist ein Grund, warum der Kapitalismus im 20. Jahrhundert kaum Industrien mit hoher Kapitalintensität wie die der Eisenbahn entwickelte. Die chronisch niedrige Profitabilität zwang viele kapitalistische Staaten, diese Industrien in öffentlichen Besitz zu nehmen. Versuche der britischen Tory-Regierung in den 80er und 90er Jahren, diesen Trend umzukehren - z. B. den privat gebauten Kanaltunnel und die Privatisierung des Eisenbahnnetzes -, bestätigen das. Die Kanaltunnel-Gesellschaft war wiederholt insolvent und das Projekt überlebte erst, nachdem die ursprünglichen Anteilseigner den größten Teil ihrer Einlagen verloren hatten und öffentliche Mittel zur Vollendung des Projekt bereit gestellt worden waren. Für die gesamte Eisenbahnindustrie in Großbritannien sind private Unternehmungen nur durch die Bereitstellung umfangreicher öffentlicher Gelder überlebensfähig. Ohne sie würde die Profitrate für die gewaltigen Summen des eingesetzten Kapitals zu niedrig sein, um privates Kapital anzuziehen.

Tab. A.1: Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals: schwedische Daten für Industrie und Bergbau. Quelle: Edvinsson (2003, Tabelle 7.5)

	<i>Durchschnitt von 1871 – 1900 in %</i>	<i>Durchschnitt von 1971 – 2000 in %</i>	<i>Veränderung in %</i>
$c/(m+v)$	184	305	66
$(m+v)/c$	54	33	-40
$m/(m+v)$	34	21	-38
$m/c$	19	7	-61

$c$  = konstantes Kapital,  $v$  = variables Kapital,  $m$  = Mehrwert

Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate wurde bekanntlich von Okishio (1961) in Frage gestellt. Der Einwand wurde im Zusammenhang mit der Frage vorgebracht, ob eine wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals aus technischen Gründen unter Bedingungen des Profitratenausgleichs vorkommt. Wir lehnen die Annahme ab, dass eine Profitratenangleichung direkt auf reale kapitalistische Volkswirtschaften anwendbar ist (Cockshott and Cottrell, 2003) und weisen ebenso die Ansicht zurück, dass Firmen, die vor Investitionsentscheidungen stehen, die durchschnittliche Profitrate als Richtwert dienen kann. Statt dessen sehen wir den Zinsfuß in dieser Rolle und begründen fallende Profitraten nur auf der Basis der Dynamik der Akkumulation im Vergleich zur Dynamik des Bevölkerungszuwachses. Wir nehmen an, dass die Akkumulation anhält, solange die Zinsraten niedriger sind als die Profitrate eines signifikanten Anteils der Kapitalien. Der Trend hört auf, wenn der Zinsfuß nahe Null gehalten werden muss, um die Wirtschaft in Gang zu halten, wie zur Zeit in Japan.

Nur in für längere Zeit anhaltenden Perioden der Kapitalakkumulation findet eine Abnahme der Profitrate statt, sie begrenzt aber gleichzeitig die Fähigkeit des Kapitalismus, die Kapitalakkumulation aufrecht zu erhalten. Wenn die Kapitalakkumulation anhält, nimmt die Profitrate ab bei gleichzeitiger Tendenz, eine lang anhaltende Rezession zu begünstigen. Dadurch wird der kapitalistischen gesellschaftlichen Entwicklung ein langer Zyklus von Krise und Wohlstand aufgezwungen. Zeiten wirtschaftlicher Krisen wie in den 30er oder den 70er und 80er Jahren unterbrechen die anhaltende Kapitalakkumulation und bestärken politische Kämpfe und Klassenkämpfe während der Restrukturierung der Wirtschaft. Es hängt von der Politik ab, ob diese Krisen progressiv oder

reaktionär gelöst werden. Beispiele für fortschrittliche Restrukturierungen waren der New Deal in den Vereinigten Staaten, während der 30er Jahre und der Nachkriegsaufbau der großen westeuropäischen Länder. Zu den Beispielen reaktionärer Restrukturierungen gehören der europäische Imperialismus nach 1890, der Faschismus im Deutschland der 30er Jahre und der Thatcherismus in Großbritannien.

Eine fortschrittliche Restrukturierung neigt zur Änderung der Besitzverhältnisse zu Ungunsten der Rentierinteressen. Rückschrittliche Restrukturierungen bringen gegenteilige Änderungen. Zum Beispiel versuchte die neoliberale Politik der 80er Jahre das Problem der fallenden Profitrate zu lösen durch:

1. Anhebung des Bevölkerungsanteils, der kapitalistischen Produktionsverhältnissen unterworfen ist, mittels Privatisierung staatlicher Dienste;
2. eine allgemeine Schwächung der Gewerkschaften, um Löhne niedrig zu halten;
3. Zulassung der Schließung ganzer kapitalintensiver Industriebereiche;
4. Änderung internationaler Handelsregeln, um dem Kapital größere internationale Beweglichkeit zu gewähren;
5. Festlegung des Sturzes des Sozialismus im Osten als oberstes politisches Ziel.

Die ersten drei Optionen zeigen relativ kurzfristige Effekte, vielleicht höchstens für ein paar Jahrzehnte. Punkt 4 und 5 jedoch geben den Kräften der Reaktion eine längere Zeitspanne. Tatsächlich eröffneten sie einen riesigen Spielraum extensiver Kapitalakkumulation, der vollständig neue Bevölkerungen europäischer Länder der Ausbeutung des Kapitals unterwarf. Mit der Globalisierung des Kapitalismus behindern frühere nationale historische Prozesse kapitalistischer Entwicklung nicht länger die Akkumulation. Es stört britische oder US-amerikanische Regierende nicht so sehr, wenn ihre eigene Bevölkerung nur langsam wächst, wenn es einen kontrollierten Nachschub an Arbeitskräften aus China, Indien, Rumänien oder anderswo gibt.

Die große politische Anstrengung der Reaktion basiert heute auf der Tatsache, dass der Kapitalismus zwar in den Metropolen, jedoch nicht im Weltmaßstab seine fortschrittliche historische Rolle überlebt hat. Solange nicht neue sozialistische Revolutionen dem kapitalistischen Weltsystem wieder Volkswirtschaften entziehen, kann es eine extensive Kapitalakkumulation durchaus noch für ein paar Jahrzehnte weiter geben. Aber auf lange Sicht wird sich das Gesetz der ansteigenden organischen Kapitalzusammensetzung selbst als welthistorische Begrenzung erweisen. Dies wird ungleichmäßig passieren. Die Gebiete von Osteuropa, die jetzt in die EU aufgenommen werden, werden z. B. lange vor Indien betroffen sein, da sie bereits relativ urbanisiert und industrialisiert sind. Aber selbst für China kann man aus Abbildung A.1 entnehmen, dass der Zeitpunkt kapitalistischer Reife nur wenige Jahrzehnte ins 21. Jahrhundert reicht. Eine neue Restrukturierungskrise ist folglich unvermeidbar. Aber dieses Mal vollzieht sie sich ohne die Möglichkeit des Kapitalexports. Die Abschaffung des Privateigentums wird sich erneut als objektiv notwendig erweisen.

## A.2 Ökonomischer Übergang zum Sozialismus

Eine der offensichtlichsten Lücken in *Towards a New Socialism* ist das Fehlen einer systematischer Diskussion des Übergangsprozesses von einer kapitalistischen zu einer sozialistischen Ökonomie, d.h. des Übergangsprozesses von einer Wirtschaft, die durch den Austausch von Waren gegen Geld und der Aneignung des Mehrprodukts als Mehrwert gesteuert wird, zu einer, die *in natura* durch den Plan und mit einer planmäßigen Gewinnung des Mehrprodukts gesteuert wird. In diesem Abschnitt wollen wir versuchen, dieses Defizit zu mindern.

Allgemein gesagt, sehen wir den Übergang als einen dreiphasigen Prozess an, der sich vermitteltst Kooperativen und staatlicher kapitalistischer Unternehmen vollzieht.

Zum ersten Stadium des Übergangs gehört der Wechsel vom System des Shareholder-Kapitalismus zu einer Kombination von Staatskapitalismus und Unternehmen in Beschäftigtenbesitz. Eine zweite Phase beinhaltet einen Übergang zu einer vollständig geplanten Wirtschaft.

Was hier sicher gestellt werden muss, ist die Kontinuität der materiellen Produktion bei gleichzeitiger Änderung der Eigentumsverhältnisse. Da es in einer kapitalistischen Wirtschaft selbstverständlich ist, dass Unternehmen den Eigentümer wechseln, bedeutet der bloße Eigentümerwechsel keine direkte Bedrohung für die kontinuierliche Produktion. Es gibt eine umfangreiche Geschichte von geregelten Unternehmensübergängen aus Privat- in staatlichen Besitz und zurück. Alles, was ein weicher Übergang auf der Ebene der Güterproduktion erfordert, ist, dass die Beschäftigten der Unternehmen weiter arbeiten und es eine klare Linie von staatlich garantiertem Kredit zur Bezahlung fälliger Rechnungen für die Beschaffung von Rohmaterial gibt. Ein jüngstes Beispiel war die effektive Renationalisierung des Eisenbahnnetzes in Großbritannien, wo nahezu über Nacht und ohne besondere Gesetzgebung die Regierung die private Eisenbahn-Gesellschaft für insolvent erklärt und ihre Vermögenswerte in eine neue gemeinnützige Gesellschaft überführt hatte. In diesem Prozess ergab sich, dass die Anteilseigner wie die Anteilseigner jeder liquidierten Gesellschaft nur einen Bruchteil von dem beanspruchen konnten, was ihnen ihrer Ansicht nach zustand. Dies war jedoch ein Spezialfall, da das Unternehmen bei der Übernahme nahezu insolvent war und von staatlichen Aufträgen abhing.

Was die Bildung von Arbeiterkooperativen betrifft, wäre es relativ einfach, ein Gesetz zu verabschieden, wonach die Geschäftsführung von GmbHs entweder vollständig oder, sagen wir, zu 75 % von den Beschäftigten gewählt wird. Unter diesen Umständen blieben die Unternehmen liquide, behielten ihr Vermögen, wechselten aber ihre Geschäftsleitung.

Bei der Bildung sowohl gemeinnütziger als auch kooperativ geleiteter Unternehmen sind die Verlierer die Anteilseigner. Im Falle des Inkrafttretens eines Gesetzes, das die Bildung kooperativ geleiteter Unternehmen erlaubt, tritt gewissermaßen eine Schummelei ein: Die Rechte der Anteilseigner werden beschränkt ohne sie gänzlich abzuschaffen. Aber klar ist, dass eine von den Beschäftigten gewählte Geschäftsleitung eher niedrigere Dividenden zahlt als eine von den Anteilseignern gewählte. Die unvermeidbare Konsequenz wäre ein drastischer Preisverfall der Unternehmensanteile.

Wo der Staat direkt Unternehmen in seinen eigenen Besitz bringt, entsteht unweigerlich die Frage nach der Entschädigung der Anteilsinhaber. Praxis der

Labour-Regierung war, die Nationalisierung von Unternehmen durch die Ausgabe von Staatsanleihen an die früheren Anteilhaber zu finanzieren. Die Nettokosten für den Fiskus sind sowohl hinsichtlich der Staatseinkünfte wie der Kapitalbilanz vernachlässigbar. Hinsichtlich der Kapitalbilanz wird die Zunahme der Staatsverpflichtungen durch die erworbenen Anteile ausgeglichen, während hinsichtlich der Einkommenseite die Zinszahlungen auf die Anleihen gegen die Gewinnerwartungen der neuen staatseigenen Betriebe aufgerechnet werden können. Man kann sich vorstellen, dass analog Gesetze zur Schaffung von Unternehmen in Beschäftigtenbesitz vorgesehen werden, wobei Eigenkapitalanteile in Obligationen umgewandelt werden.

Solche Maßnahmen würden den Übergang vom Kapitalismus mit Rentierbesitz zu Staats- und Beschäftigtenbesitz relativ weich gestalten, hätten aber den Nachteil, mittelfristig sowohl die Unternehmen im Beschäftigten- wie in Staatsbesitz mit jährlichen Zinszahlungen an die Klasse der Rentiers zu belasten. Sicher ist dabei, dass in solch einem Szenario erhebliche Unterschiede in Einkommen und Wohlstand bestehen bleiben.

In der Zeit, in der diese Übergangsformen die Wirtschaft bestimmen, bräuchte man noch ein paar Alternativen für die Börse, die - wenn auch ihre tatsächliche Rolle begrenzt ist - weiterhin als Quelle für neue Investmentfonds dient. Die naheliegende Lösung wäre eine Ausweitung der Rolle der Banken, vielleicht besonders der Staatsbank, als eine Quelle zur Investmentfinanzierung.

Nach dieser Übergangsphase wäre die Wirtschaft immer noch kapitalistisch, aber die Besitzerrolle individueller Kapitalisten wäre stark reduziert. Die schwerwiegendste ökonomische Störung würde den Finanzsektor betreffen, wo die Profitabilität von Aktien- und Investmentfirmen drastisch zurück gehen würde. Aber dieser Rückgang wäre beherrschbar, da er nicht schlimmer als der Strukturwandel für viele Schwerindustrien ist, der sich in den letzten 20 Jahren vollzog.

Eine zweite Übergangsphase schließt die Weiterentwicklung der Kapazität zur Detailplanung ein - die Einrichtung des Verwaltungssystems, die Etablierung des demokratischen Kontrollmechanismus und der Aufbau des Computernetzwerkes sowie der Software, die zur Durchführung des Planungsprozesses, wie in diesem Buch beschrieben wird, benötigt werden. Anfangs hätten die Pläne nur indikativen, später, wenn das System etabliert ist, verpflichtenden Charakter.

Eine dritte Phase schließt die tatsächliche Abschaffung des monetären Austausches und den Übergang zur Bezahlung in Arbeitsgutscheinen ein. An diesem Punkt geraten die Klasseninteressen der zurückgebliebenen Rentierklasse und der Masse der arbeitenden Bevölkerung in scharfen Konflikt. Die Einrichtung eines Zahlungssystems auf der Basis von Arbeitsgutscheinen verträgt sich nicht mit Zinszahlungen, da das Geld, in dem die Zinszahlungen erfolgen, als legales Zahlungsmittel eingestellt wird. Zu diesem Zeitpunkt wird die im Wesentlichen parasitäre Natur der Rentierklasse für jeden offensichtlich, da sie jede verbliebene produktive Funktion verloren hat. Die Hauptkomplikation, die hierbei entsteht, ist das Ausmaß, in dem das Rentensystem eines Landes von Finanzvermögen - Aktien und Wertpapieren - abhängt. Wenn viele Leute von Pensionskassen abhängen, deren Vermögen plötzlich wertlos werden könnten, dann könnte es eine ernsthafte politische Opposition gegen einen Wechsel zu Arbeitsgutscheinen geben. Dabei geraten gerade Pensionskassen, die auf dem Börsenmarkt basieren, sowieso in ernsthafte Liquiditätsprobleme. Es sollte gelingen, den Übergang zu einem auf einen börsenlosen Markt beruhenden öffentlichen Rentensystem attraktiv zu machen, vorausgesetzt, dass zukünfti-

ge Pensionäre anteilsgemäß übertragen können. Wenn das vor dem Übergang zu Arbeitsgutscheinen geschieht, werden genau genommen die Verlierer auf die Kapitalistenklasse beschränkt.

Unter dem Großteil der Bevölkerung würde der politische Anreiz zur Abschaffung des Geldes auf zwei Aussichten beruhen. Erstens würden alle Schulden auf einmal beseitigt. Die Tatsache, dass ein sehr großer Bevölkerungsanteil - sei es durch Kreditkarten oder durch Hauspfändungen - Nettoschuldner ist, würde einen großen Kreis von Gewinnern schaffen, die die Minderheit derjenigen, die bei diesem Vorgang verlieren, überstimmen. Zweitens würde der Übergang zu einem egalitären Zahlungssystem eine deutliche Verbesserung des Einkommens für die Bevölkerungsmehrheit bedeuten.

### **A.3 Historische Mängel des Sozialismus**

Der Zusammenbruch des Sozialismus sowjetischen Typs hat identifizierbare Ursachen, die in seinen ökonomischen Mechanismus eingebettet sind, die aber nicht allen möglichen Sozialismen inhärent sind. In diesem Abschnitt werden wir einige der bekannten Widersprüche innerhalb der Ökonomien eines „früher existierenden Sozialismus“ untersuchen und einige Hauptrichtungen hervorheben, in denen sich unsere Vorschläge von Politik und Praxis des sowjetischen Typs unterscheiden.

#### **A.3.1 Die Aneignung des Mehrprodukts**

In den späten Tagen der UdSSR unter Gorbatschow brach der Mechanismus für die Aneignung eines Mehrprodukts mehr und mehr zusammen. Das Debakel unterstreicht einen Kernpunkt: Aus der Sicht marxistischer Ökonomie besteht in der Art und Weise der Aneignung des Mehrprodukts das Unterscheidungsmerkmal einer Produktionsweise .

Die spezifische ökonomische Form, in der unbezahlte Mehrarbeit aus den unmittelbaren Produzenten ausgepumpt wird, bestimmt das Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis, wie es unmittelbar aus der Produktion selbst hervorwächst und seinerseits bestimmend auf sie zurückwirkt. Hierauf aber gründet sich die ganze Gestaltung des ökonomischen, aus den Produktionsverhältnissen selbst hervorwachsenden Gemeinwesens und damit zugleich seine spezifische politische Gestalt. Es ist jedesmal das unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten - ein Verhältnis, dessen jedesmalige Form stets naturgemäß einer bestimmten Entwicklungsstufe der Art und Weise der Arbeit und daher ihrer gesellschaftlichen Produktivkraft entspricht -, worin wir das innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion und daher auch der politischen Form des Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisses, kurz, der jedesmaligen spezifischen Staatsform finden. (MEW Bd. 25, S. 799/800)

In einer sozialistischen Ökonomie vollzieht sich die Aneignung des Mehrprodukts *mittels einer politisch bestimmten Aufteilung des materiellen Produkts zwischen Konsumgütern und anderen Produkten im staatlichen Plan*. Dies ist „das innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen

Konstruktion“ des Sozialismus. Das System der Aneignung eines Überschusses ist in folgender Hinsicht ganz anders als im Kapitalismus:

- Die Aufteilung des Produkts ist eher direkt in materiellen Ausdrücken als indirekt als Resultat von Tauschbeziehungen bestimmt.
- Die Aufteilung ist eher zentral als durch zahlreiche lokale Abmachungen über den Preis der Arbeitskraft, Arbeitszeit, usw..
- Die tatsächliche Höhe der Geldlöhne ist irrelevant, weil die Versorgung mit Konsumgütern durch den Plan vorausbestimmt sind. Höhere Geldlöhne haben nicht automatisch höhere Reallöhne zur Folge. Zudem ist ein großer Anteil des Reallohnes in Form freier oder subventionierter Güter gegeben.

Diese Form der Aneignung entspringt dem hoch integrierten und gesellschaftlichen Charakter der Produktion im Sozialismus. Hieraus leitet sich die absolute Notwendigkeit ab, die einzelnen Fabriken dem Zentrum unterzuordnen und die vergleichsweise Relevanz ihrer individuellen Profitabilität. Ferner bestimmt sie auch den zentralisierten Charakter des Staates und die Unmöglichkeit, dass lokale Autoritäten eine autonome Verfügung über die Ressourcen haben. All dies sind invariante Eigenschaften des Sozialismus.

Das „innerste Geheimnis“ bestimmt die Beziehung zwischen Regierenden und Regierten folgendermaßen: Betrachten wir zwei Möglichkeiten: Entweder sind die Regierenden und Regierten unterschiedliche Gruppen oder sie sind ein und dieselbe. Sind sie, wie im bisherigen Sozialismus, unterschiedlich, dann ist - wer auch immer es sei - derjenige, der die Planbehörde kontrolliert, beides, der tatsächliche Besitzer der Produktionsmittel und ein Regierender. Diese Regierenden (in der Praxis das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei) können - obwohl häufig bestechlich - nicht ihre soziale Funktion durch schamloses bourgeoises Verfolgen von Eigeninteressen erfüllen. Sie sind statt dessen verpflichtet, die hohe gesellschaftliche und politische Rolle anzunehmen, in der sie das politische und ideologische Leben so zu organisieren haben, dass die Überstimmung mit dem Plan gesichert ist. Eine der effektivsten Wege dies zu erreichen ist der Kult um einen charismatischen Führer - nachgeholfen durch ein mehr oder weniger großes Ausmaß an staatlichem Terror.

Personenkulte, in denen der Führer als Verkörperung der *volonté générale* (des Volkswillens) präsentiert wird, sind kein Zufall, sondern eine effektive Adaption der widersprüchlichen Anforderungen einer sozialistischen Produktionsweise (die die Dominanz der politischen über die Zivilgesellschaft diktiert), kombiniert mit Institutionen einer repräsentativen Regierung.

Es mag manchem merkwürdig erscheinen, wenn wir von einer repräsentativen Regierung im Kontext mit dem Sozialismus sowjetischen Typs sprechen, der Begriff ist dennoch anwendbar. Repräsentative Regierungen wählen gewisse menschliche Wesen, auch Politiker genannt, die im Prozess der politischen Entscheidungsfindung für andere den Platz einnehmen oder sie repräsentieren. Das war gerade das, was die leninistische Partei an der Macht tat. Sie agierte als eine Repräsentantin der Arbeiterklasse und traf politische Entscheidungen in deren Interesse. Diese Regierungsform ist nicht weniger repräsentativ als ein parlamentarisches System. Es gibt Unterschiede darin, wer repräsentiert wird und wie sie repräsentiert werden, doch das Repräsentativprinzip bleibt dasselbe:

Die Entscheidungen werden nicht von den Betroffenen gefällt, sondern monopolisiert durch eine Schicht professioneller Regierender, deren Edikte in Form irgendeiner repräsentativen Funktion legitimiert sind. Die Auswahl solcher Regierender per Mehrparteienwahlen kann weder ihren repräsentativen Charakter mindern noch den Unterschied zwischen Regierenden und Regierten auslöschen.

Der widersprüchliche Charakter sozialistischer repräsentativer Regierungen ist evident. Die Repräsentanten des Proletariats werden - durch ihre Kontrolle des Plans und somit der Art und Weise, mit der unbezahlte überschüssige Arbeit aus den direkten Produzenten herausgepumpt wird - temporär effektive Kontrolleure der Produktionsmittel. Als solche ist ihre individuelle Klassenlage transformiert und ihre Fähigkeit, das Proletariat weiter zu repräsentieren, gefährdet.

Nur wenn die Unterscheidung zwischen Regent und Regierten verschwunden ist, wenn die Massen selbst alle wesentlichen Fragen in Institutionen der partizipativen Demokratie entscheiden, wird das totalitäre innere Geheimnis im Herzen des Sozialismus aufhören widersprüchlich zu sein. Nur wenn die Massen in Referenden über die Verwendung ihrer kollektiven gesellschaftlichen Arbeit - wieviel geht in die Verteidigung, wieviel ins Gesundheitswesen, wieviel in Konsumgüter, usw. - entscheiden, kann das politische Leben im Sozialismus aufhören, ein Schwindel zu sein.

Aber um auf die Frage der Mehrproduktaneignung zurück zu kommen: Im Sozialismus ist dies ein inhärenter totalitärer Prozess, eine Unterordnung der Teile unter das Ganze, die Fabrik unter den Plan, das Individuum unter das Kollektiv. Die Produktion ist nicht für den privaten Vorteil, sondern für die Totalität der Gesellschaft da. In einem System partizipatorischer Demokratie, mag dieser totalitäre Konformismus eher die Züge einer schweizerischen Demokratie als eines deutschen Faschismus annehmen, doch wäre er nicht weniger real.

Gorbatschow unterminierte den gesamten Prozess der Aneignung des Mehrprodukts, in dem er das Totalitätsprinzip angriff. Als eine seiner ersten Maßnahmen ermöglichte er den Betrieben, einen größeren Teil des Gewinns zu behalten. Schlagartig führte er ein antagonistisches bürgerliches Prinzip der Mehrproduktaneignung ein: das Profitstreben einzelner Betriebe. Er führte das ganze System ins Chaos. Vom Beginn der Planwirtschaft bis zu Gorbatschows Zeiten war im wesentlichen die Umsatzsteuer die juristische Form, in der der Staat finanziert wurde. Kapitalistisch gesprochen war dies äquivalent zum Bestreiten der meisten Staatsausgaben (neue Infrastrukturmaßnahmen, Erziehung, Sozialhilfe, Verteidigung, Forschung, Pensionen, usw.) aus den Profiten der verstaatlichten Industrien. Eine andere große Einkommensquelle war die Wodkasteuer. Zusammen ergab dies eine stabile Steuerbasis, bis Gorbatschows Antitotalitarismuskampagne und seine gleichzeitige Entscheidung, den Einzelbetrieben den größten Teil ihrer Gewinne zu überlassen, die Staatsfinanzen destabilisierte und den Rubel zerüttete.

Aber diese Steuern waren (wie Keynes festgestellt hätte) gerade eine administrative Maßnahme, die für die Aufrechterhaltung der Geldstabilität notwendig war.<sup>2</sup> Die Steuern sicherten weder die Produktion des Mehrprodukts noch bestimmten sie seine Größe. Die tatsächliche Größe des Mehrprodukts wurde durch den Plan bestimmt, wenn fest geschrieben wurde, wieviel gesellschaftliche Ar-

---

<sup>2</sup>Die Bezugnahme auf Keynes bezieht sich auf sein Pamphlet *How to Pay for the War* (Keynes, 1940), in dem er angesichts der Finanzierung der Kriegsanstrengungen Großbritanniens ein ähnliches Prinzip vertrat.



beit in die Produktion von Konsumgütern und wieviel in andere Tätigkeiten gesteckt wird. Ist im Plan einmal ausgewiesen, wieviel Arbeiter für den Bau neuer Stahlwerke, neuer Eisenbahnstrecken, Bergwerke, Panzer und Bomber da sein müssen, ist das Verhältnis von Mehrprodukt zu gesellschaftlich notwendiger Arbeit damit gegeben. Die Produktion des Mehrprodukts auf gesellschaftlicher Ebene war das Ergebnis bewusster und explizit politischer Entscheidungen. Im Gegensatz zum „Nachtwächterstaat“ der kapitalistischen Gesellschaft könnte sich der sozialistische Staat nicht einfach mit dem Einsammeln von Steuern auf ein automatisch produziertes Mehrprodukt zufrieden geben. Der Staat selbst hätte sich in einen Mechanismus zur aktuellen Produktion und zum Steuern des Mehrprodukts zu wandeln. Dies ist die innere Logik der sozialistischen Produktionsweise, sein grundlegendes Bewegungsgesetz.

So wie die Produktion von Mehrwert durch Kauf und Ausbeutung der Arbeitskraft das innere Geheimnis des Kapitalismus ist, das letztlich den Gesamtcharakter der kapitalistischen Gesellschaft bestimmt, ist die geplante gesellschaftliche Aneignung des Mehrprodukts das innere Geheimnis des Sozialismus. Aus der Ausbeutung der Lohnarbeit entspringen die Klassenwidersprüche des Kapitalismus. Aus der notwendigen Erscheinung des Mehrprodukts in Geldform entspringen die Finanzkrisen, Rezessionen und ökonomische Kreisläufe, die die Geschichte des Kapitalismus durchsetzen. Aus der geplanten Aneignung des Mehrprodukts im Sozialismus entspringen der Klassenantagonismus und die Klassenkämpfe der sozialistischen Periode. Aus der politisch notwendigen Form der Mehrproduktaneignung entspringen die politischen Zyklen des Sozialismus: Stachanowismus, die großen Säuberungen, Entstalinisierung, der große Sprung nach vorn, die Kulturrevolution.

Nachdem Gorbatschow die Steuerbasis unterminiert hatte, nahm der seiner Haupteinnahmequelle beraubte Staat Zuflucht zur Druckmaschine. Die Fabriken hatten zusätzliches Geld, aber da die Aufteilung des Sozialprodukts noch durch den Plan bestimmt war, konnten sie nicht wie private Firmen agieren und das neue Geld in produktives Kapital verwandeln. Das sozialistische System der Mehrproduktaneignung wurde sabotiert, ohne dass es durch ein bourgeoises System ersetzt wurde, und die Wirtschaft unterlag dem inflationären Verfall.

### **A.3.2 Preise und Wirtschaftsrechnung**

Der vormals existierende Sozialismus war in seinen Möglichkeiten durch ein unzulängliches Wirtschaftsrechnungssystem eingeschränkt. Der Punkt wird von allen rechten Kritikern angeführt. Sie führen mit Recht an, dass das Preissystem, mit dem in der UdSSR operiert wurde, eine rationale Wirtschaftsrechnung unmöglich machte. Es gibt eine Vielzahl von Anekdoten darüber:

Nur eins der zahlreichen Beispiele; Vor einiger Zeit wurde beschlossen, das Verhältnis zwischen Baumwoll- und Getreidepreisen, im Interesse des Baumwollanbaus, zu regeln, die Preise für das Getreide, das an die Baumwollbauern verkauft wird, genauer festzulegen und die Preise für die Baumwolle, die an den Staat abgeliefert wird, zu erhöhen. Im Zusammenhang damit unterbreiteten unsere Wirtschaftler und Planer einen Vorschlag, der die ZK-Mitglieder nur in Erstaunen setzen konnte, da nach diesem Vorschlag für eine Tonne Getreide fast der gleiche Preis vorgeschlagen wurde wie für eine Tonne Baumwolle, wobei der Preis für eine Tonne Getreide dem Preis für eine Tonne gebackenes Brot gleichgesetzt wurde.

Auf die Bemerkungen der ZK-Mitglieder, dass der Preis für eine Tonne gebackenes Brot in Anbetracht der zusätzlichen Kosten für das Mahlen und Backen höher sein muss als der Preis für eine Tonne Getreide, dass Baumwolle überhaupt viel teurer ist als Getreide, wovon auch die Weltmarktpreise für Baumwolle und Getreide zeugen, konnten die Verfasser des Vorschlags nichts Vernünftiges sagen. (Stalin, 1952, S.21-22)

Ungefähr 40 Jahre, nachdem Stalin diese Beobachtung machte, war diese Preispolitik so wenig verbessert, dass Gorbatschow das Beispiel von den Schweinen zitieren konnte, die von den Kolchosbauern mit Brot gefüttert wurden, weil das Brot billiger als das Korn war.

Wenn die relativen Preise von Dingen systematisch von ihren relativen Produktionskosten abweichen, wird es für die Leute unmöglich, kosteneffektive Produktionsmethoden anzuwenden. So kann man sagen, dass es im Unterschied zum Kapitalismus, *dem vormals existierenden Sozialismus an einem inneren Mechanismus des ökonomischen Einsatzes der Arbeit und damit der Erhöhung der Produktivität mangelte.*

Die fundamentale Rechtfertigung jeder neuen Technologie besteht in der Fähigkeit Dinge mit weniger Aufwand als vorher zu produzieren. Nur durch die konstante Anwendung von Innovationen in der gesamten Ökonomie gewinnen wir mehr freie Zeit, die wir der Muße oder der Befriedigung neuer oder verfeinerter Vorlieben widmen können. Das bedeutet, dass in einer sozialistischen Produktion die Arbeiter fortwährend darauf achten Zeit einzusparen. Zeit ist, wie Adam Smith sagte, die „ursprüngliche Währung“, mit der wir der Natur unsere Wünsche und Bedürfnisse abkaufen können; ein Moment von ihr unnötig vergeudet, ist für immer verloren. Ein sozialistisches System wird historisch dem Kapitalismus nur überlegen sein, wenn es besser mit der Zeit haushalten kann.

Der Reichtum der kapitalistischen Gesellschaften ist natürlich ungleich aufgeteilt, aber seine innere Tendenz die Arbeitsproduktivität voranzutreiben untermauert die fortgesetzte progressive Rolle kapitalistischer ökonomischer Beziehungen. Hätte der Kapitalismus dieses Potenzial verloren - einige Marxisten glauben, das wäre in den Dreißigerjahren geschehen - wäre er schon vor langer Zeit vom Sowjetblock verdrängt worden.

In einer kapitalistischen Ökonomie werden die Hersteller durch den Profitwunsch zur Minimierung der Kosten getrieben. In diesen Kosten sind die Löhne enthalten. Betriebe führen oft neue Technologien ein um die Anzahl der Arbeitskräfte zu verringern und die Arbeitskosten zu senken. Nur naive Sozialisten kritisieren den technischen Wandel unter dem Vorwand, dass er Arbeitslosigkeit erzeugt. Wirkliche Kritik an kapitalistischen Ökonomien kann in dieser Beziehung insofern geübt werden, als in ihnen nur zögerlich arbeitssparende Geräte eingesetzt werden, weil die Arbeit künstlich billig gehalten wird.

Aber in dieser Hinsicht war die Sowjetunion noch schlimmer. Der Staat subventionierte Nahrung, Miete, Kinderkleidung und andere notwendige Güter. Die Subventionierung der Grundbedarfsgüter kompensierte die niedrigen Geldlöhne. Aber Fördermittel und soziale Dienste wurden aus den Gewinnen der volkseigenen Industrie bezahlt. Für diese Industrie galt: Um Gewinn zu erzielen, müssen die Löhne niedrig gehalten werden, und niedrige Löhne bedeuten, dass die Fördermittel einbehalten werden müssen!

Der schlimmste Aspekt von all dem war, dass die Betriebe wegen der Billigkeit der Arbeit dazu ermuntert wurden, mit ihr verschwenderisch umzugehen.

Warum moderne automatische Maschinen einführen, wenn die Arbeit so billig war?

### A.3.3 Planungsmechanismus: Orthodoxie und Konservatismus

Die sowjetische Planung bewegte sich aus ideologischen und technischen Gründen nicht in Richtung der Grundzüge eines Systems, die wir in *Towards a New Socialism* als wesentlich identifiziert haben. Natürlich war das sowjetische Planungssystem am Anfang ganz effektiv. Die Sowjets waren in der Lage eine Schwerindustrie als Basis und insbesondere eine Rüstungsindustrie aufzubauen, die die Kriegsmaschine der Nazis bezwingen konnte - in viel kürzerer Zeit, als es jede kapitalistische Ökonomie vermocht hätte, wenn auch unter sehr hohen Kosten. In diesem Entwicklungsstadium waren rohe Planungsmethoden adäquat: Die Ökonomie war technologisch viel weniger komplex als heute, und die Pläne spezifizierten relativ wenige Schlüsselziele. Trotzdem erzählt man sich viele Geschichten über große Missverhältnisse zwischen Angebot und Nachfrage während der Periode der ersten Fünfjahrpläne; durch eine riesige Expansion des Inputs an Arbeit und Material konnten die Schlüsselziele trotz solcher Ungleichgewichte erreicht werden. Die frühen sowjetischen Pläne wurden nicht nach dem Schema aufgestellt, das wir in unserem Buch beschrieben haben. Von der Zielliste des Outputs der Endprodukte auszugehen und von dort rückwärts zur erforderlichen Liste des Bruttooutput zu gelangen - und dies auch noch in sich konsistent und detailliert - lag außerhalb der Möglichkeiten von GOSPLAN. Oft gingen die Planer statt dessen von Zielen aus, die selbst aus Bruttogrößen bestanden: soundso viel Tonnen Stahl 1930, soundso viel Tonnen Kohle 1935, usw.. Diese frühen Erfahrungen hatten wohl einen schädlichen Effekt auf die ökonomischen Mechanismen in den späteren Jahren. Sie gaben Anlass zu einer Art von „Produktionismus“, in dem die Erzeugung eines Pufferoutputs von industriellen Zwischenprodukten zum Selbstzweck wurde.<sup>3</sup> Tatsächlich wollte man, aus Input-Output-Sicht, die Zwischenprodukte wirklich so weit wie möglich ökonomisieren. Das Ziel sollte sein, die minimalen Mengen an Kohle, Stahl, Zement, usw. konsistent mit dem gewünschten Volumen des Outputs der Endprodukte zu produzieren.

Jedenfalls wurde nach der Periode des Nachkriegswiederaufbaus immer klarer, dass sich mit der aus den Dreißigerjahren geerbten Art und Weise der Planung keine dynamische, technologisch fortschrittliche Ökonomie, die der Verbrauchernachfrage genügt, entwickeln ließ. Sicherlich gab es in privilegierten Sektoren wie der Raumforschung bemerkenswerte Erfolge, doch schien eine inhärente Eigenschaft des Systems zu sein, dass solche Erfolge nicht verallgemeinert werden konnten. Im Gegensatz zu den privilegierten Sektoren wurde der Konsumgüterproduktion nur ein „Restanspruch“ an Ressourcen zuerkannt. Verschiedene Reformansätze in den Sechziger- und Siebzigerjahren schlugen gründlich

---

<sup>3</sup>Es ist bemerkenswert, dass Stalin (1952) sich zu einer Stellungnahme zur Vorstellung veranlasst sah, dass die Hauptaufgabe ökonomischer Aktivität im Sozialismus die Produktion selbst sei (siehe seine Kritik am Genossen Jaroschenko). Wie bei seiner Kritik an den Exzessen bei der Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft in *Vor Erfolgen von Schwindel befallen. Zu den Fragen der kollektiv-wirtschaftlichen Bewegung*, (Stalin 1954, S. 168ff) ist dies sicherlich ein Fall, in dem Stalin nachträglich eine Ansicht oder Praxis angriff, die er vorher selbst vertreten hat.

fehl und führten in den späteren Breschnew-Jahren zu notorischer Stagnation.

Warum kam es zu diesem Ergebnis? Ein naheliegender technischer Gesichtspunkt ist der damalige Zustand der sowjetischen Computer- und Telekommunikationsmöglichkeiten. Wir haben argumentiert, dass eine effektive, detaillierte Planung mit der heutigen modernen westlichen Computertechnologie möglich ist, doch die Technologie, die den sowjetischen Planern in den Siebzigerjahren zur Verfügung stand, war im Vergleich dazu sehr primitiv. Dieser Punkt ist wichtig und wir werden auf ihn zurück kommen. Das ist aber nur ein Teil des Problems, und einige andere Überlegungen verdienen Beachtung.

Bekanntlich stand die vermeintlich „Marxsche“ Orthodoxie der Anwendung rationaler Planungsmethoden im Weg. Neuen Methoden wurde allgemein mit Misstrauen begegnet, sogar solchen, die überhaupt nichts mit Marktbeziehungen zu tun hatten. Bezüglich der Input-Output-Methoden stellte Augustinowitsch (1975, S. 137) die doppelte Ironie fest, dass diese Methoden „beschuldigt wurden, das Übel kommunistischer Planung in die freie demokratische Wirtschaft und das Übel bourgeoiser Ideologie in die sozialistische Wirtschaft zu schmuggeln.“ Treml (1967, S.104) wies darauf hin, dass die Idee, den Planungsprozess von den Planungszielen für die Endprodukte her aufzuziehen, von den offiziellen Wächtern der Orthodoxie als konsumtionsorientiert und deshalb als irgendwie „bourgeois“ angesehen wurde. Auf ähnliche Weise wurde Kantorowitschs bahnbrechende Arbeit zur Linearen Programmierung lange Zeit abgelehnt.

Nachdem um 1960 herum der Input-Output-Analyse und der Linearen Programmierung ein gewisser offizieller Segen zuteil wurde, hätte man meinen können, dass solche ideologisch begründete Ablehnungen theoretischer Innovationen überwunden waren. Doch blieben diese Techniken im tatsächlichen Planungsprozess marginal. Dies war teilweise den oben ausgeführten Rechenproblemen geschuldet, was bedeutete, dass Input-Output-Methoden nicht die viel größeren „Materialausgleichs“-Rechnungen für den Gesamtbereich der von letzteren abgedeckten Güter (der selbst wiederum nur eine kleiner Teilbereich aller produzierten Güter war) ersetzen konnten.<sup>4</sup> Weitere Gründe werden weiter unten erwähnt.

Zunächst gab es eine schädliche „Zusammenhanglosigkeit“ zwischen den Routineaktivitäten der staatlichen Planungsbehörden GOSPLAN und GOSSN-AB \* (denen es an einer adäquaten theoretischen Basis mangelte und die durch politische *ad hoc* Entscheidungen des Politbüros unter Druck gerieten) und dem Anwachsen der hoch-mathematischen Theoretisierung von Planung im Elfenbeinturm von Forschungsinstituten. Diese Zusammenhanglosigkeit hatte zwei Seiten. Auf der einen Seite schienen die „praktischen Planer“ gegen Innovationen resistent zu sein, selbst wenn ihr Widerstand nicht in ideologischer Hinsicht rationalisiert wurde. Zu einem Planungssystem mit den Endprodukten als Ausgangspunkt, wie wir vorgeschlagen haben, überzugehen hätte eine substantielle Veränderung der traditionellen sowjetischen Muster bedeutet - eine Veränderung, die GOSPLAN anscheinend nur widerstrebend zu vollziehen bereit war. Kushnirsky bemerkt: „Da die Nachfrage nach Gütern und Diensten in der sowjetischen Ökonomie durch 'befriedigte' Nachfrage ersetzt wird, die vom Outputlevel hergeleitet wird, glauben die Planer, dass sie die Produktionspläne genauer

---

<sup>4</sup>Für die Größenlimitierung der Input-Output-Systeme, die die Planer rechnerisch zu verschiedenen Zeiten bewältigen konnten, siehe Treml (1967), Ellman (1971), Yun (1988), Treml (1989).

\* Anm. der Übers.: Versorgungskomitee für Rohstoffe und Betriebsanlagen der UdSSR

bestimmen können als sie es mit Komponenten der Endnachfrage tun könnten.“ Übersetzt heißt das: Es ist leichter für die Planer, wenn sie produzieren, was auch immer sie gerne hätten, als das, was die Menschen gerade wünschen. Beispiele einer solchen Haltung ließen sich zuhauf anführen; für Details siehe Cottrell und Cockshot (1993). Die andere Seite der Zusammenhanglosigkeit besteht in der abstrakten Natur der Arbeiten in den Forschungsinstituten. Diese lieferten einige gute Ideen für die Planung auf der Mikroebene (z. B. Kantorowitschs Lineare Programmierung), viele Arbeiten jedoch, die der optimalen Planung des Systems als Ganzes gewidmet waren, waren hoffnungslos abstrakt, weil sie eine vorhergehende Spezifizierung irgendeiner Art von „gesellschaftlicher Gemeinwohlfunktion“ oder eines allgemeinen Maßes für „gesellschaftliche Nützlichkeit“ erfordert hätte.<sup>5</sup> Während man bei dieser weltfremden Aufgabe wenig vorankam, trugen die Theoretiker der „optimalen Planung“, wie durch Tretyakova und Birman (1976, S. 179) beschrieben, zum „abkühlenden Interesse“ an Input-Output-Methoden bei: „Nur solche Modelle und Methoden, die zu optimalen Ergebnissen führen würden, verdienten Beachtung. Sofern ziemlich schnell klar wurde, dass ein optimales Modell auf der Basis von Input-Output nicht erreicht werden konnte, verloren viele an Letzterem einfach das Interesse.“

Es ist bemerkenswert, dass S. Shatalin - Autor des 1990 kurzzeitig gefeierten, doch absurden „500 Tage“-Plans für die Crash-Einführung des Kapitalismus in der UdSSR - in früheren Zeiten Autor ebenso unpraktikabler Vorstellungen über die Planoptimierung war. (Siehe die Darstellung in Ellman, 1971, S. 11, wonach Shatalin bei der Diskussion von Input-Output und „optimaler Planung“ zum Ergebnis kommt, dass nur letzteres „wirklich wissenschaftlich“ ist.)

Obwohl unsere eigenen Vorschläge in *Towards a New Socialism* sicherlich von fortgeschrittener Informationstechnik abhängen, ist es doch so, dass sie relativ robust und unkompliziert sind. Es wurde nicht versucht, Kriterien für eine *a priori* bestimmte gesellschaftliche Nützlichkeit oder Optimalität aufzustellen; vielmehr offenbart sich „gesellschaftliche Nützlichkeit“ (a) durch demokratische Auswahl der Verteilung der Ressourcen auf die einzelnen Sektoren und (b) durch die Struktur der Verhältnisse von Gleichgewichtspreisen zu Arbeitswerten bei den Konsumgütern.

Ein weiterer Grund für den Misserfolg der in den Jahren zwischen 1960 und 1980 erfolgten Versuche, das sowjetische Planungssystem zu reformieren, war die - offenbar von der Führung der KPdSU abgesegnete - Idee, dass die Anwendung neuer mathematischer oder Rechenmethoden ein „schmerzloses“ Mittel bieten, um das Funktionieren der Ökonomie zu verbessern, ein Mittel, das das existierende System nicht grundlegend stören würde (im Gegensatz zur umfassenden Einführung von Marktbeziehungen). Tatsächlich hätten sich fortgeschrittene technische Methoden nur im Kontext eines Umbaus des ökonomischen Systems als Ganzes bezahlt machen können, darin eingeschlossen u. a. eine Neuüberprüfung und Klärung von Ziel und Logik der Planung ebenso wie die Reorganisation der Systeme der Abschätzung und Anerkennung der Leistung der Betriebe.

---

<sup>5</sup>Neben dieser Art von Problemen erwähnt Kushnirsky die niedrige Qualität der Studien zur existierenden Planungstechnologie, die in den Forschungsinstituten im Zusammenhang mit dem ASPR-Projekt (*Anm. der Übers.:* Automatisches Planberechnungs-System, eingeführt in den späten Sechzigerjahren) durchgeführt wurden. Er fand, dass die von den Instituten gelieferten Zusammenstellungen der algorithmischen Bearbeitung nicht zugänglich waren, und „es war schwierig, Sinn und Zweck dieses Materials zu erkennen“ (Kushnirsky, 1982, S. 124).

In Kapitel 8 dieses Buches ist ein Planungsschema dargestellt, bei dem die Produktion für diejenigen Produkte ausgeweitet wird, die ein überdurchschnittliches Verhältnis von Gleichgewichtspreis (ausgedrückt in Arbeitsgutscheinen) zum Arbeitswert, und für diejenigen Produkte reduziert, die ein unterdurchschnittliches Verhältnis ausweisen. Ein solches System belohnt (durch erhöhte Zuweisung von Arbeit und Produktionsmittel) Betriebe, die besonders effektiven Gebrauch von der gesellschaftlichen Arbeit machen. So sollten Betriebe einen Anreiz für alle Methoden bekommen, die sie in die Lage versetzen, den Input an direkter und indirekter Arbeit pro Outputeinheit zu verringern. Manche dieser Maßnahmen würden mit dem traditionellen sowjetischen Muster brechen, wonach die Betriebe mehr darauf ausgerichtet waren, leicht erreichbare Plan-Outputquoten sicher zu stellen, und kein Interesse an der Verbesserung ihrer eigenen Effizienz hatten.

### **A.3.4 Computertechnologie**

Bei der Diskussion der Realisierbarkeit unserer Vorschläge für die Planung haben wir uns auf die neueste Generation westlicher Supercomputer bezogen, und zweifellos war die den Sowjets zur Verfügung stehende Computertechnologie vergleichsweise primitiv. Goodman und McHenry (1986, S. 329) bemerken bei der Beschreibung des Standes der sowjetischen Computerindustrie Mitte der Achtzigerjahre, dass der substanzielle Rückstand hinter dem Westen teilweise das Resultat industrieller Isolierung war: „Keine Computergemeinde, eingeschlossen die USA, könnte mit der Entwicklung Schritt halten, wenn der Kontakt zum Rest der Welt ernsthaft eingeschränkt ist.“

Dennoch: obwohl wir es zweckmäßig fanden, Supercomputer als Maßstab für unsere Rechnungen zu nehmen, haben wir in Cockshott und Cottrell (1989, Anhang) ausgeführt, dass dasselbe Ziel - langsamer zwar, doch noch in einem praktikablen Zeitrahmen sich bewegend - mit einem über das Land verteilten Netzwerk von PCs auf Betriebsebene, das mit einem relativ bescheidenen Zentralcomputer kommuniziert, zu erreichen ist.\* Aus dieser Perspektive lag im Fall der Sowjetunion die ernsteste Beschränkung im rückständigen Telekommunikationssystem. Goodman und McHenry (1986) richteten ihre Aufmerksamkeit auf die Langsamkeit und Unzuverlässigkeit des sowjetischen Telefonsystems und auf die Probleme Verbindungen zu finden, die für die Datenübermittlung gut genug sind. Sie führen auch die schlagende Statistik an, wonach 1985 nur 23 Prozent der städtischen Familien Telefone besaßen.

Um es noch einmal zu sagen: Wir wollen die Technologie nicht überbetonen. Die ökonomischen Informationssysteme, die von Stafford Beer im Chile Allendes (beschrieben in Beer, 1975) entwickelt wurden, zeigen, was man auch mit bescheidenen Ressourcen ausrichten kann, wenn der politische Wille und die theoretische Klarheit über die Ziele des Systems da sind.\*\* Hätten die Sowjets die gleiche Klarheit darüber gehabt, was sie mit der Computerisierung der Planung erreichen wollten, wären sie, selbst wenn es zunächst unmöglich gewesen wäre alles Gewünschte zu implementieren, in der Lage gewesen, neue Entwicklungen in Computer- und Kommunikationstechnologie mit ihrem Erscheinen auszunutzen. Tatsächlich sieht es so aus, dass die sowjetischen Ökonomen -

---

\*Anm. der Übers.: Siehe auch den letzten Abschnitt von Kapitel 3 dieses Buches.

\*\*Anm. der Übers.: Siehe auch den letzten Abschnitt von Kapitel 6 dieses Buches.

oder jedenfalls diejenigen, die der politischen Führung unter Gorbatschow ihr Ohr liehen - wenig Interesse an der Entwicklung von Algorithmen und Computersystemen hatten, wie wir sie diskutiert haben. Mitte der Achtzigerjahre hatten sie anscheinend ihren Glauben an das Leistungsvermögen einer effizienten Planung eingebüßt, und viele sprangen auf den Festwagen der wieder auferstehenden freien Marktwirtschaft auf, wie sie durch die Reagan - und Thatcher -Administrationen verkörpert wurde.

## **A.4 Verteidigung der direkten Demokratie**

Die Gewinnung des Mehrprodukts mittels Planung ist ein möglicher Weise widersprüchlicher Prozess, der dadurch, dass sich eine Staatsaristokratie gegenüber der Arbeiterklasse herausbildet, einen Klassenantagonismus verursachen kann. Der Kampf zwischen diesen Klassen ist durch eine komplexe Dynamik charakterisiert, in der ständig Tendenzen zur kapitalistischen Restauration erzeugt werden. Die Staatsaristokratie - zu Korruption und privater Nutzung staatlicher Ressourcen neigend - war nur zur persönlichen Konsumtion eines kleinen Teils des Mehrprodukts in der Lage. Dies unterscheidet sie von der Situation in entwickelten kapitalistischen Ländern, in der ein großer Anteil des Mehrprodukts in die persönliche Konsumtion der oberen Klassen eingeht. Die Staatsaristokratie hatte die Gelegenheit zum Verzehr öffentlicher Ressourcen nur Kraft ihrer öffentlichen Stellung in einem egalitären Staat. Ihre private Konsumtion erschien so an sich schon beschämend und konnte, wenn überhaupt, nur durch ihren Leumund als Patrioten und revolutionäre Veteranen gerechtfertigt werden. Als die Generation der Revolution allmählich verschwand, blickten ihre Nachfolger sehnsüchtig auf die kapitalistische Welt, die Leute wie sie mit einem Lebensstil ausstattete, der nicht nur viel besser, sondern in dem Luxus legitim und nicht schändlich war.

Die Tendenzen zur kapitalistischen Restauration wurden politisch unter Kontrolle gehalten - ob als „Sowjetmacht“, Tyrannei, Diktatur der Kommunistischen Partei oder revolutionärer Enthusiasmus der Massen. Unsere Sicht ist, offen gesagt, die, dass die revolutionären Klassen in der sozialistischen Gesellschaft es nicht vermochten eine Staatsform zu entwickeln, die auf lange Sicht den Erhalt und die Weiterentwicklung des Sozialismus sicherte. Die charakteristischen sozialistischen Staatsformen waren die revolutionäre Tyrannei oder die revolutionäre Aristokratie. Tyrannei funktioniert so lange, wie der originale Königsheld am Leben ist. Das Beispiel Castro zeigt, dass das eine Zeit lang ganz gut laufen kann, aber die Zeit danach wird hart. Revolutionäre Aristokratie oder die „führende Rolle der Kommunistischen Partei“, die von der individuellen Sterblichkeit unabhängig sind, bleiben länger am Leben. Die Herrschaft der Leninschen Partei begann als Herrschaft der bewusstesten und aufopferungsvollsten Vertreter der Unterdrückten, aber das eiserne Gesetz der Aristokratie verwandelt diese in eine sich selbst bedienende Oligarchie.

Gegen diese Formen haben Reformer und revolutionäre Enthusiasten zwei Alternativen hervorgebracht:

1. Von der Rechten der Sozialdemokratie kam die Verteidigung der regulierten parlamentarischen „Demokratie“. Dies war die konsistente und ehrbare Position von Sozialdemokraten, die bis auf Karl Kautskys Kritik an der im Entstehen begriffenen UdSSR zurückgeht. Gegen sozialistische Monarchie oder

Parteidiktatur verteidigten sie freie und offene Parlamentswahlen.

2. Von der extremen Linken kam der Vorschlag eines Staatstyps wie dem der Pariser Commune . Hier wurden in jedem Bezirk Delegierte gewählt, die von ihrem Wählern abberufen werden konnten und nur durchschnittliche Arbeiterlöhne bekamen.

Wir glauben, dass es gute - von Vernunft und Erfahrung gespeiste - Gründe dafür gibt, beide Alternativen zugunsten der direkten Demokratie zu verwerfen.

Durch reguläre Wahlen legitimierte parlamentarische Regierungen werden in der modernen Welt als Ausdruck der „Demokratie“ schlechthin präsentiert. Wir sehen das differenzierter. Wir halten sie, wie Lenin , für die perfektteste Herrschaft der Reichen über die Armen. Wir meinen, wie Aristoteles lehrte, dass Wahlen immer und überall mehr das Kennzeichen einer Aristokratie als einer Demokratie ist. Die Erfahrung lehrt, dass diejenigen, die in die Parlamente gewählt werden, immer und überall nicht repräsentativ für diejenigen sind, die sie wählen. Welchen Indikator - Klasse, Geschlecht, Rasse, Vermögen oder Ausbildung - man auch immer wählt, die Gewählten sind privilegierter als diejenigen, die für sie stimmen. Die Gewählten repräsentieren immer mehr die dominierenden Klassen als die große Masse der Bevölkerung. Einmal gewählt, werden sie immer dazu tendieren, die Interessen derjenigen Klasse zu repräsentieren, von der sie hochgezogen wurden. Es gibt tausenderlei Umstände, die diese Tatsache erklären, aber sie kommen alle zum gleichen Ergebnis. Die Eigenschaften, die jemanden als einen von der Gesellschaft „Auserlesenen“, als einen der besseren Art auszeichnen, sind auch die Eigenschaften, die ihm helfen gewählt zu werden.

Deshalb überraschte es uns nicht, dass die Abhaltung freier und fairer Wahlen in Osteuropa sofort die Macht der Bourgeoisie etablierte - symbolisch charakterisiert durch die Entwaffnung der Betriebskampfgruppen durch die neue ungarische Regierung. In der UdSSR lag der Fall anders. Hier bedeutete die sonderbare Präferenz der Bevölkerung für kommunistische Kandidaten, dass die Straße zur „Demokratie“ über das von Jelzin verfügte Verbot der KPdSU führte und es folglich der Panzer bedurfte um das russische Parlament in die Vergessenheit zu schießen.

Diejenigen, die offene parlamentarische Wahlen in den sozialistischen Ländern wollten, waren ihrem Bewusstsein nach Anhänger einer kapitalistischen Restauration mit einigen naiven Sozialdemokraten in ihrem Schlepptau. Diejenigen, die im Gegensatz dazu einen Staat vom Typ der Commune bevorzugten, wollten das sozialistische System sichern und reformieren. Ihr einziges Problem war, dass Stalin dies schon vor ihnen gemacht hatte. Die Stalinsche Verfassung der UdSSR war bereits als Communestaat modelliert: Er war ein Rätestaat mit Delegierten, die gewählt und abberufen werden konnten. Diese konstitutionelle Form war natürlich nichts anderes als die Verschleierung der Herrschaft der Kommunistischen Partei. Warum sonst war Lenin ein solch glühender Verfechter des Communestaates?

So wie Lenin die parlamentarische Republik als das Ideal bürgerlicher Herrschaft ansah, sah er den Rätestaat, die Sowjetrepublik , als Idealform der Diktatur des Proletariats an. Aber zentral für die wieder belebte blanquistische Losung von der Diktatur des Proletariats war die blanquistisch-leninistische revolutionäre Partei. Genauso wie in der Pariser Commune die Dominanz der Blanquisten und Internationalisten der Schlüssel für das Ringen um die Macht war, war die Dominanz der Bolschewiken in den Sowjets das sine qua non ef-



fektiver Sowjetmacht . Proto-Rätestaaten kamen in den meisten revolutionären Krisen hoch - das letzte Beispiel in Europa lieferte dafür Portugal im Jahr 1975. Ihre Existenz erzeugt eine tiefe Legitimationskrise, die schnell gelöst werden muss, entweder zugunsten des Parlaments oder zugunsten von Räten. Wenn die Räte von einer revolutionären Partei dominiert werden und es gleichzeitig Meutereien im Militär gibt, kann dies zur sozialistischen Revolution führen. Ohne solche Meutereien oder ohne Dominanz der revolutionären Partei gewinnt das Parlament.

Die linksradikale Vorstellung, dass ein Rätestaat der Überwindung der Aristokratie eines sozialistischen Staates dienen kann, ist unseres Wissens nur ein einziges Mal in die Tat umgesetzt versucht worden - durch die Schanghai Linke während der Kulturrevolution in China . Obwohl dies die größte bisher zu beobachtende Umwälzung einer sozialistischen Aristokratie mit sich brachte, schlug der Versuch am Ende doch fehl. Die revolutionären Komitees, die während der Kulturrevolution entstanden, endeten in der Dominierung durch die Kommunistische Partei (KP) - genau so, wie es in den russischen Sowjets passierte. Wir meinen, es ist unausweichlich, dass in einem sozialistischen Land mit einer etablierten KP, Basis-Vertretungen entweder von der KP oder von Vertretern der Reaktion dominiert werden. Die überwältigende Mehrheit der überzeugten Sozialisten werden in der KP sein, und ihre politische Erfahrung und Disziplin wird sie leicht in die Lage versetzen, Basis-Organisationen, in denen der allgemeine Tenor pro-sozialistisch ist, zu dominieren. Basis-Organisationen, die gegen die KP gerichtet sind, tendieren dazu, von pro-kapitalistischen Bereichen der Intelligenz und der Mittelklassen dominiert zu werden, wie das Beispiel Solidarnosz in Polen zeigt. Diese versuchten, indem sie einen gegen den aktuellen Sowjetstaat gerichteten idealen Rätestaat vertraten, ein politisches Feld zu besetzen, das es nicht geben konnte; denn den Rätestaat ins Leben zu rufen hätte die Abschaffung der KP bedeutet. Trotzki hatte in Kronstadt das richtige Gespür für diese Implikationen. 70 Jahre später fanden sich einige selbst ernannte Nachfolger mit weniger Sinn für die Situation als Bejubler der Jelzinschen Unterdrückung der KPdSU wieder.

Um voranzukommen muss man die ganze Hohlheit der mit den Weihen der Demokratie versehenen Ansprüche von Wahlinstitutionen erkennen. Dabei ist es unerheblich, ob die Institution sich selbst Parlament oder Rat nenne. Werden seine Mitglieder durch Wahl bestimmt, kann man sicher sein, dass die Repräsentanten nicht-repräsentativ sind. Sie werden vollgepackt mit der dominanten sozialen Schicht der Gesellschaft sein - Business-Leute und Akademiker in einer bourgeoisen Gesellschaft oder die revolutionäre Aristokratie und Partei in einer sozialistischen. Wir glauben, dass es nur eine gangbare Alternative gibt: die direkte Demokratie.

## **A.5 Sozialismus versus Kommunismus**

Wir haben unserm Buch den Titel *Towards a New Socialism* gegeben, aber eigentlich ist es eine Ausarbeitung dessen, was Marx die erste Phase des Kommunismus nannte. Dass der Titel auf Sozialismus und nicht auf Kommunismus Bezug nimmt, hat mehr mit dem politischen Klima zu tun. Die englische Ausgabe kam heraus, als der Sozialismus seinen Tiefpunkt erreichte. In der Dekade danach wurde das Fortschreiten des Neoliberalismus etwas abgebremst. Es ist eine

internationale antikapitalistische Bewegung entstanden, wenn auch noch keine internationale sozialistische Bewegung. Es ist abzusehen, dass es eine wachsende Leserschaft für eine kohärente Alternative zum Kapitalismus gibt. Anfang der Neunzigerjahre war es schwierig genug einen Verleger für ein Buch, das den Sozialismus verteidigt, zu finden. Wir schätzten ein, dass ein Titel, der explizit den Kommunismus verteidigt, keine Chance hätte oder die Leserschaft reduzieren würde. Sozialismus war das Schaffell unseres kommunistischen Wolfes. Nun aber fühlen wir uns verpflichtet zu erklären, was wir unter Sozialismus und Kommunismus verstehen.

Wie gesagt, verteidigen wir in dem Buch die erste Phase des Kommunismus. Wir gebrauchten das Wort Sozialismus aus Gründen der politischen Zweckmäßigkeit. Wir lehnen das orthodoxe sowjetische Verständnis des Sozialismus als eine verlängerte Periode, während derer die Produktivkräfte im Hinblick auf die Vorbereitung auf einen eventuellen Kommunismus entwickelt werden, ab. Unser Vorwurf trifft weder die Vorstellung, dass das sowjetische System sozialistisch war noch den Versuch, die Produktivkräfte möglichst schnell zu entwickeln, sondern die damit verbundene Konzeption des Kommunismus. KPdSU und westliche trotzkistische Parteien teilen eine problematische Vorstellung des Kommunismus. Kommunismus wird als eine Phase angesehen, die dem Sozialismus folgt, eine Phase, die durch materielle Fülle und freie Verteilung der Konsumgüter gekennzeichnet ist. So wird die Abfolge der Entwicklung gesehen: Kapitalismus → Sozialismus → Kommunismus. Das ist nicht dasselbe, was Marx vorgebracht hat, nämlich: Kapitalismus → Diktatur des Proletariats → erste Stufe des Kommunismus → zweite Stufe des Kommunismus. Lenin setzte in Staat und Revolution die erste Phase des Kommunismus mit dem Sozialismus gleich und behandelte beide als Synonym für öffentliches Eigentum an den Produktionsmitteln. Diese Formulierung wurde dann von allen Traditionen, die sich auf den Leninismus berufen, übernommen. Das ist aus unserer Sicht unglücklich, da dadurch das, was Marx sagte, zu sehr vereinfacht wird.

Sozialismus, definiert durch öffentliches Eigentum an den Produktionsmitteln, ist nicht mit dem identisch, was Marx erste Phase des Kommunismus nannte, weil letztere die Abschaffung des Geldes und die Inangriffnahme von Arbeitszeitsrechnung erfordert. Sozialismus, wie ihn Lenin definierte, ist völlig kompatibel mit der weiteren Existenz von Geld. Die UdSSR nach der Kollektivierung war sozialistisch im Leninschen Sinne, doch existierten weiterhin Geld ebenso wie Löhne und Warenform der Güter. Diese Beibehaltung des Geldes wurde nicht als eine kurzfristige Erscheinung von vielleicht 5 bis 10 Jahren angesehen, sondern von Dekaden, und hat dann schließlich ein halbes Jahrhundert andauert. Lenins Formulierung hatte den Effekt, dass die charakteristischen Eigenschaften der Marxschen ersten Phase des Kommunismus nicht mehr gesehen wurden. Der Begriff von Rechnung und Bezahlung in Arbeitszeiteinheiten verschwand, und mit ihm jegliches programmatisches Konzept, das das Erreichen der ersten Phase als eindeutige Aufgabe festlegt.

Es sollte klar sein, dass Bezahlung in Geldausdrücken Disparitäten im Stundenlohn erlaubt. Das Einkommen der Leute könnte ideologisch als „Bezahlung nach Arbeitsleistung“, wengleich nach Arbeitsqualität differenziert, dargestellt werden. Während solche Ökonomien keine Einkommensformen wie Zinsen, Renten oder Dividenden kennen, war die Auffassung, dass, wie weit gefächert die Geldlöhne auch sind, alles „Bezahlung nach Arbeitsleistung“ ist, ebenso sehr ideologische Fiktion wie die Vorstellung in bourgeoisen Ökonomien, dass

Löhne, Preise und Profite als Zahlungen von „Produktionsfaktoren“ äquivalent sind.

Was vom Kommunismus im Leninschen Sinn blieb, war Marx' zweite Phase: von „Jedem nach seinen Fähigkeiten“ zu „Jedem nach seinen Bedürfnissen“. Der Weg zu diesem Ziel sollte über die Bereitstellung von freien oder subventionierten Konsumgütern zur Situation führen, dass alles frei und unbegrenzt verteilt wird.

Mit dieser Konzeption stimmen wir überhaupt nicht überein. Wir meinen, dass sie auf einem Missverständnis dessen beruht, was Verteilung nach Bedürfnis bedeutet, und schädliche Konsequenzen hätte.

1. Kombiniert mit Geldbezahlung für Arbeit, führt sie zu einem System von Wirtschaftsrechnung, das die Arbeitsproduktivität systematisch hemmt.
2. Sie würde den Kommunismus zu einer nie zu erreichenden Illusion machen, da, wie hoch die Arbeitsproduktivität auch immer sei, niemals ein Zustand erreicht werden könnte, der freie Verteilung aller Güter erlaubt.

Verteilung nach Bedürfnis ist nicht dasselbe wie unbegrenzte freie Verteilung. Im Britischen Staatlichen Gesundheitsdienst ist die medizinische Versorgung frei im Notfall.<sup>6</sup> Aber diese freie Verteilung funktioniert nur, weil es eine relativ objektive Einschätzung des Bedarfs durch die Ärzte gibt, kombiniert mit Wartelisten für Behandlungen (plus einem Element von Privatisierung). Das ist ganz etwas anderes als wenn man sagt, dass freie Verteilung z. B. von Kleidern ein Fall von „jedem nach seinen Bedürfnissen“ sei. Wenn Konsumgüter allgemein frei verteilt werden würden, würde das entweder zu verschwenderischem Abfall oder, wenn der Überschuss verringert werden soll, zu einer militärischen Uniformität des Konsums führen.

Marx spricht nicht von freier Verteilung, sondern von „Jedem nach seinen Bedürfnissen“. Dies ist eher kompatibel mit dem Modell eines sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates, der zusätzliche Zuwendungen an Erwerbsunfähige, Studenten, große Familien, usw. leistet. Zuwendung nach Bedürftigkeit setzt ein Verfahren zur Einschätzung der Bedürftigkeit voraus. Hierin ist der Wohlfahrtskapitalismus der Vorläufer des Kommunismus, aber das Ganze läuft in einer Geldwirtschaft mit großen Einkommensunterschieden ab. Die Kluft zwischen der ersten und der zweiten Phase des Kommunismus ist heute viel geringer als zu Marx' Zeiten, als es noch keinen Wohlfahrtsstaat gab. Das Prinzip der Verteilung nach Bedürfnis wird für einige Bereiche der Wirtschaft in Kanada und in den meisten europäischen kapitalistischen Ländern bereits akzeptiert, und vieles davon ließe sich in den Kommunismus übernehmen. Jene mit spezifischem Bedarf würden entweder bestimmte Güter und Dienste gratis bekommen oder zusätzliche Arbeitszeit gutgeschrieben bekommen, um das, was sie benötigen, aus den gesellschaftlichen Fonds zu erhalten.

## **A.6 Die sozialistische Wirtschaftsrechnungsdebatte**

In diesem Abschnitt geben wir einen kurzen Abriss der sozialistischen Wirtschaftsrechnungsdebatte der Zwanziger- und Dreißigerjahre des vorigen Jahr-

---

<sup>6</sup>Mit Ausnahme der Abgaben für medizinische Verschreibungen außerhalb des Krankenhauses. Diese werden als Pauschale, die in keinem Verhältnis zum Warenwert der angefallenen Medikamente steht, erhoben.

hunderts und zeigen einige Beziehungen der damals angeführten Argumente zu den in diesem Buch entwickelten Standpunkten auf. Eine ausführliche Diskussion der historischen Debatte findet sich in Cockshott und Cottrell (1993a). Hier konzentrieren wir uns auf die Einwände von Ludwig von Mises, Oskar Langes Antwort und die darauf folgenden Antworten von Mises und Hayek.

1920, als die Bolschewiken im russischen Bürgerkrieg siegten und das Gespenst des Kommunismus immer mehr in Europa umging, schrieb Mises seinen klassischen Artikel *Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen*. Seine Behauptungen waren eindrucksvoll und hätten bei anhaltender Wirkung für die Sache des Sozialismus verheerend sein können. Die vorherrschende marxistische Konzeption des Sozialismus schloss die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und die Abschaffung des Geldes ein, aber Mises behauptete, dass „jeder Schritt, der uns vom Sondereigentum an den Produktionsmitteln und vom Geldgebrauch wegführt, [...] uns auch von der rationellen Wirtschaft weg“ [führt] (Mises 1920, S.99). Die Planwirtschaft von Marx und Engels würde unweigerlich in „ein Tappen im Dunkeln“ führen, das „das sinnlose Gebaren eines vernunftlosen Apparates“ erzeugt. Die Marxisten hätten die rationale Planung der vermeintlichen „Anarchie“ des Marktes gegenüber gestellt, aber nach Mises haben solche Überlegungen keinerlei Basis; vielmehr würde die Abschaffung von Marktbeziehungen die einzig adäquate Basis für eine Wirtschaftsrechnung, nämlich Marktpreise, zerstören. So wohlmeinend die sozialistischen Planer auch sein mögen, es würde ihnen schlicht an jeglicher Basis für sinnvolle ökonomische Entscheidungen mangeln: Sozialismus wäre nichts anderes als die Abschaffung einer „rationalen Wirtschaft“.

Wie kommt Mises zu dieser Schlussfolgerung? Seine Argumentation beinhaltet erstens eine Aussage darüber, um was es bei einer Wirtschaftsrationalität geht, und zweitens eine angeblich vollständige Auflistung aller Möglichkeiten für eine rationale ökonomische Entscheidungsfindung, und er versucht dabei zu zeigen, dass keine dieser Möglichkeiten in den Sozialismus eingebaut werden kann.

In Bezug auf das Wesen ökonomischer Rationalität hat Mises das Problem, den höchst möglichen Nutzungseffekt (Bedürfnisbefriedigung) auf der Basis der gegebenen ökonomischen Ressourcen zu produzieren, im Sinn. Das Problem lässt sich auch in seiner Umkehrung formulieren: Wie wählt man die effizienteste Produktionsmethode um die Produktionskosten für einen gegebenen Nutzungseffekt zu minimieren? Mit den Beispielen vom Eisenbahn- oder Hausbau<sup>7</sup> kommt Mises in seiner Sozialismuskritik mehrmals auf letztere Formulierung zurück: Wie können sozialistische Planer - um diese Ziele zu erreichen - zu einer Berechnung der geringsten Kosten gelangen?

In Bezug auf die Möglichkeiten einer rationalen Entscheidungsfindung gibt Mises drei Kandidaten an: Planung in Naturalien, Planung mit Hilfe einer „objektiv erkennbaren Wertgröße“, die, wie etwa die Arbeitszeit, unabhängig von Marktpreisen und Geld ist, und eine Wirtschaftsrechnung, die auf Marktpreisen basiert. Wir betrachten diese Möglichkeiten der Reihe nach.

---

<sup>7</sup>Das Eisenbahnbeispiel befindet sich in Mises (1920), das Hausbeispiel in *Human Action* (Mises, 1949)

### A.6.1 Planung in Naturalien

Das Problem besteht darin, die gegebenen Ressourcen so einzusetzen, dass ein maximaler Nutzen erreicht wird. Dies schließt eine Art „Wertbeurteilung“ (d.h. Beurteilung des Nutzeffektes) ein. Im Fall von Endverbrauchsgütern (in Mises' Terminologie „Güter erster Ordnung“\*) ist das ganz unkompliziert und erfordert keine besondere Berechnung: „In der Regel ist der seiner Sinne mächtige Mensch ohne weiteres in der Lage, die Güter erster Ordnung zu bewerten.“ Und in sehr einfachen ökonomischen Systemen könnte diese direkte Bewertung auf Produktionsmittel ausgedehnt werden:

Es mag dem isoliert wirtschaftenden Landwirt nicht schwer fallen, eine Entscheidung zwischen der Erweiterung der Viehhaltung und der Ausdehnung der Jagdtätigkeit zu treffen. Die einzuschlagenden Produktionswege sind hier noch verhältnismäßig kurz, und der Aufwand, den sie erfordern, und der Ertrag, den sie in Aussicht stellen, können leicht überblickt werden. (1920, S.93)

Oder auch:

In der Enge der geschlossenen Hauswirtschaft, wo der Familienvater das ganze wirtschaftliche Getriebe zu überblicken vermag, kann man die Bedeutung von Veränderungen des Erzeugungsverfahrens auch ohne die Stütze, die sie dem Geist gewährt, mehr oder weniger genau abschätzen. (1920, S.98)

In diesen Fällen können wir von Planung in Naturalien sprechen, einer Planung ohne zwischen geschaltete Recheneinheiten wie Geld (oder Arbeitszeit). Die Sache ist die, dass „Äpfel und Orangen“ auf der Ebene des subjektiven Gebrauchswertes verglichen werden können, und in Fällen, in denen die Verbindung zwischen der Verteilung der Produktionsmittel und der Produktion spezifischer Gebrauchswerte augenscheinlich ist, kann das zum Erreichen einer Effizienz ausreichend sein.

Die Grenzen solch einer Planung in Naturalien sind durch die Komplexität des Produktionsprozesses gesetzt. Ab einem bestimmten Punkt wird es unmöglich einen klaren Überblick über die relevanten Verflechtungen zu erreichen. Jenseits dieses Punktes erfordert eine rationale Ressourcenverteilung die Verwendung einer objektiven „Einheit“, durch die Kosten und Nutzen ausgedrückt werden kann. Interessanter Weise wird von Mises die Unmöglichkeit ein komplexes System in Naturalien zu planen explizit in Begriffen der Fähigkeiten des menschlichen Geistes begründet:

*Doch der Geist eines Menschen allein* - und sei es auch der genialste - ist zu schwach, um die Wichtigkeit eines jeden einzelnen von unendlich vielen Gütern höherer Ordnung zu erfassen. *Kein einzelner* kann die unendliche Fülle verschiedener Produktionsmöglichkeiten dermaßen beherrschen, daß er imstande wäre, ohne Hilfsrechnung unmittelbar evidente Werturteile zu setzen. (1920, S. 98/99, Hervorhebungen von den Autoren)

---

\*Anm. der Übers.: Mises unterscheidet Güter erster Ordnung und Güter höherer Ordnung. Dies erklärt, warum in der englischen Übersetzung „goods of lower order“ für „Güter erster Ordnung“ steht.

Kann denn dann die Verwendung anderer Mittel als die des menschlichen Geistes eine Naturalienplanung komplexer Systeme ermöglichen? Das hauptsächlichste Pro-Planungs-Argument in unserem Buch schließt die Verwendung von Arbeitszeit als Recheneinheit ein (und fällt deshalb nicht unter die Kategorie der reinen Planung in Naturalien), nichtsdestotrotz ließen sich Gründe dafür anführen, dass Fortschritte in der Künstlichen Intelligenz, insbesondere in neueren Arbeiten zu neuronalen Netzen, für diese Frage von Bedeutung sind.<sup>8</sup>

Mises argumentiert in der Tat, dass eine Optimierung notwendiger Weise arithmetische Mittel einschließt, und zwar als explizite Maximierung einer skalaren objektiven Funktion (unter kapitalistischen Bedingungen ist Profit der paradigmatische Fall). Arithmetische Rechnung kann jedoch als ein Einzelfall einer allgemeineren Rechen- oder Simulationsweise angesehen werden. Zweifellos muss ein Steuer- und Regelungssystem eine Rechenfähigkeit besitzen - gleichgültig, ob es sich dabei um eine Menge von Unternehmen, die auf dem Markt operieren, um eine Planungsbehörde, ein Autopilotensystem im Flugzeug oder um das Nervensystem eines Schmetterlings handelt; aber es müssen keineswegs arithmetische Mittel sein. Der maßgebliche Punkt ist der, dass das Steuer- und Regelungssystem in der Lage ist, signifikante Aspekte des zu kontrollierenden Systems zu modellieren. Unternehmen tun dies durch eine Lagerüberwachung und Rechnungsführung, bei der Ort und Bewegung der Waren durch Zeichen auf Papier modelliert werden. Die Vorbereitung dieser Zeichen folgt arithmetischen Regeln; die Anwendbarkeit der Arithmetik auf das Problem beruht darauf, dass die Zahlentheorie ein Modell für die Wareneigenschaften ist.

Andererseits betrachten wir das Beispiel eines neuronalen Steuer- und Regelungssystems. Ein Schmetterling im Flug muss seine Brustmuskeln steuern um sich auf ein Ziel, Frucht oder Blumen, zu bewegen, die geeignet sind ihn mit Energie zu versorgen. Dabei hat er zu berechnen, welche der vielen möglichen Flügelbewegungen geeignet sind um ihn näher an den Nektar zu bringen. Unterschiedliche Abläufe der Muskelbewegungen ergeben unterschiedlichen Aufwand hinsichtlich des Energieverbrauchs und erbringen unterschiedlichen Nutzen hinsichtlich des Nektars. Das Nervensystem des Schmetterlings hat die Aufgabe der Optimierung von Aufwand und Nutzen, und dabei werden nichtarithmetische Methoden verwendet. Das kontinuierliche Überleben der Art ist das Zeugnis ihrer Rechenfertigkeiten. Neuronale Netze sind - selbst angesichts außerordentlich komplexer Zwänge - anscheinend fähig, optimales (oder zumindest hoch effektives) Verhalten zu erzeugen, ohne das Problem auf die Maximierung (oder Minimierung) einer skalaren Größe zu reduzieren.

Eine Planungsbehörde ist für den umfassenden Gebrauch der Arithmetik geeignet, und in der Tat: Wenn man örtlich begrenzte Entscheidungen über den optimalen Gebrauch von Ressourcen mit Hilfe arithmetischer Mittel treffen will, ist Mises' Argument, wonach, wenn man Berechnungen anstellen will, die Umwandlung unterschiedlicher Produkte auf einen gemeinsamen Nenner notwendig ist, ganz richtig. Will man jedoch globale Optimierungen einer gesamten Ökonomie durchführen, können andere Rechentechniken, die viel gemeinsam haben mit der Art und Weise, wie man sich vorstellt, dass Nervensysteme funktionieren, besser geeignet sein, und dies kann im Prinzip ohne Zuflucht zur Arithmetik geleistet werden.

---

<sup>8</sup>Resultate in der Theorie neuronaler Netze, auch als Parallelverarbeitung bekannt, findet man in Rumelhart et al. (1986). Eine nützliche Zusammenfassung der damit verbundenen Probleme bietet Narayanan (1990).

Natürlich wäre es anachronistisch, Mises anzukreiden, dass er Entwicklungen in der Computerwissenschaft, die erst viel später stattfanden, nicht in Betracht gezogen hat. Er und Hayek hatten wahrscheinlich Recht mit der Behauptung, dass die Vorschläge von Neurath und Bauer über die Planung in Naturalien, die letztere im Jahr 1919 auf der Grundlage der Kriegserfahrung machten, unter der Bedingung von Friedenszeiten sehr problematisch waren.<sup>9</sup> Aber heutigen Sozialismuskritikern, die eifrig Mises' Argumente wieder aufwärmen, muss man schon vorhalten, dass sie nicht unkritisch Äußerungen über Planung in Naturalien wiederholen sollten, die vor dem wissenschaftlichen Verständnis dessen, was Rechnung ist, gemacht wurden.<sup>10</sup>

### A.6.2 Die Verwendung von Arbeitswerten

Nachdem er die Möglichkeit einer Planung in Naturalien verworfen hat, betrachtet Mises die Möglichkeit, ob die sozialistischen Planer bei der Durchführung ihrer ökonomischen Berechnungen über eine „objektiv erkennbare Wertgröße“, d.h. irgendeine messbare Eigenschaft der Güter, verfügen könnten. Als einziger Kandidat für eine solche Einheit kommt für Mises der Arbeitsinhalt in Frage - wie in den Arbeitswerttheorien von Ricardo und Marx. Mises verwirft jedoch die Arbeit als Werteinheit. Er hat zwei wesentliche Argumente, die, so behauptet er, jedes für sich genommen zeigen, dass der Arbeitsinhalt kein adäquates Maß für die Produktionskosten sein kann.

Erstens behauptet er, dass die Bewertung vermitteltst verkörperter Arbeitszeit notwendiger Weise die Kosten für die Verarbeitung nicht-erneuerbarer Naturressourcen vernachlässigt. Zweitens argumentiert er, dass die Arbeitszeit nicht homogen ist: Es sei irreführend, sagt er, Arbeitszeitstunden im Hinblick auf Fähigkeit oder Intensität aufzusummieren. In einer kapitalistischen Wirtschaft Sorge der Arbeitsmarkt für ein Spektrum von Lohnstarifen, das Arbeiten unterschiedlicher Qualität vergleichbar macht, aber in einer sozialistischen Wirtschaft ohne Arbeitsmarkt könne es keine rationalen Mittel des Vergleichs geben.

Mises' Pochen auf diese Punkte bilden einen Teil des Hintergrundes unserer Argumentationen in *Towards a New Socialism*. Unsere Antwort auf die Frage des Gebrauchs natürlicher Ressourcen findet man in den Kapiteln 5 und 14. Die Frage der Arbeitsqualität behandeln wir in Kapitel 2, und im Anhang dieses Kapitels wird gezeigt, wie Mises' Problem durch die Berechnung von „Multiplikatoren für qualifizierte Arbeit“ gelöst werden kann.

<sup>9</sup>Siehe Hayek (1935, S.30-31). Mises erwähnt Neurath in Mises (1920, S. 104). Sie beziehen sich auf die beiden im Jahr 1919 erschienenen Bücher *Durch die Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft* und *Der Weg zum Sozialismus* von Neurath und Bauer.

<sup>10</sup>Cockshott (1990) macht für den Ausgleich eines ökonomischen Planes bei beschränkten Beständen an bestimmten Produktionsmitteln einen spezifischen Vorschlag, der die Idee des „simulated annealing“\* aus der Theorie neuronaler Netze übernimmt. Sein Vorschlag schließt tatsächlich die Verwendung von Arithmetik ein - im Wesentlichen die Minimierung einer Verlustfunktion in Relation zum anzustrebenden Gesamtoutputvektor - doch er deutet den Weg zur Anwendung von Techniken der Künstlichen Intelligenz auf Aufgaben der ökonomischen Planung an.

\*Anm. der Übers.: Dem *simulated annealing* liegt wiederum eine Analogie zum Kühlen von flüssiger Materie (z.B. Stahl oder Glas) zu Grunde (*to anneal* = erhitzen und anschließendes Abkühlen): Falls man die Materie zu schnell abkühlen lässt, ordnen sich die Moleküle nicht gemäß der Gitterstruktur an, der Kristall ist unrein und an den betroffenen Stellen instabil. Um dies zu verhindern, lässt man die Materie nun so langsam abkühlen, dass die Moleküle immer noch genügend Energie haben, um aus einem „lokalen“ Minimum rauszuspringen. Ziel ist das Erreichen eines globalen Minimums.

Es verdient angemerkt zu werden, dass Mises' Kritik der Verwendung der Arbeitszeit als Werteinheit sehr kurz und skizzenhaft ist. Ungefähr zwei Seiten substanzieller Argumentation erschien in Mises (1920) und wurde dann in Mises (1922) wiederholt. In *Human Action* (Mises, 1949) wird der Punkt in zwei Sätzen abgetan. Dies spiegelt die Tatsache wider, dass, obwohl Marx und Engels die Verteilung der Arbeitszeit als das Charakteristische der Planung sehr betonten, diese Konzeption in der Zeit, als Mises seine Auseinandersetzung mit dem Sozialismus führte, von westlichen Sozialisten mehr oder weniger aufgegeben wurde. Wir kommen auf diesen Punkt zurück.

### A.6.3 Die Verwendung von Marktpreisen

Mises geht es in seiner Diskussion der Marktpreise um zwei Behauptungen: Marktpreise sind im Kapitalismus ein adäquates rationales Kalkulationsmittel, aber diese sind im Sozialismus notwendiger Weise nicht verfügbar.

Dass Marktpreise im Kapitalismus tatsächlich eine Kalkulationsbasis bilden, ist unbestritten. Unter Bezugnahme auf Preise sind Firmen in der Lage, über kostenminimierende Technologien und zwischen unterschiedlichen Produkten hinsichtlich ihrer Profitabilität zu entscheiden. Wir streiten mit Mises auch nicht über die Behauptung, dass das Preissystem eine vernünftige, effektive Koordinierung ökonomischer Aktivitäten ermöglicht - bis zu einem bestimmten Punkt. Dies wurde von Marx und Engels ausdrücklich anerkannt, ja sogar betont, wie wir im Abschnitt 7.2 sehen werden. Trotz seiner Kritik der „Anarchie“ des Marktes sah Marx, dass der Preismechanismus (unvollkommen zwar, aber immer noch besser als willkürlich) das Warenangebot an die Nachfrage anpasst und auf diese Weise eine Annäherung an Produktionsmethoden erzwingt, die nicht mehr als die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit erfordern. Wir behaupten auch nicht, dass die Minimierung der monetären Produktionskosten oder die Maximierung des Profits *gar nichts* mit dem Erreichen einer effizienten Bedürfnisbefriedigung zu tun haben. Aber die beiden Kriterien sind weniger klar identifizierbar als Mises meint. Sehen wir uns die folgende Stelle an:

Wer einen komplizierten Produktionsprozeß kalkulieren will, merkt es gleich, ob er wirtschaftlicher als die anderen arbeitet oder nicht; kann er im Hinblick auf die auf dem Markte herrschenden Austauschverhältnisse die Produktion nicht rentabel durchführen, so liegt darin der Hinweis darauf, dass andere die fraglichen Güter höherer Ordnung besser zu verwerten verstehen. (Mises, 1920, S.94)

Die Person, auf die Mises Bezug nimmt, mag „gleich merken“, ob sie *profitabler* gearbeitet hat als andere oder auch nicht, doch ist die implizit dabei behauptete Identität zwischen dem, was am profitabelsten ist und dem, was am „ökonomischsten“ oder schlicht „besser“ ist, nicht gerechtfertigt.<sup>11</sup> Sicherlich, Kapitalisten können keinen Profit machen, wenn sie Dinge produzieren, die niemand braucht, oder wenn sie mit überflüssiger, ineffizienter Technik produzieren; aber das ist noch keine hinreichende Begründung für Mises' Behauptung. Ist

---

<sup>11</sup>In *Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus* behauptet er explizit: „Die Ausrichtung der Produktion nach dem Gewinn bedeutet nichts anderes als ihre Einstellung auf den Bedarf der Volkswirtschaft; ... Zwischen Erzeugung für Gewinn und Erzeugung für Bedarf besteht demnach kein Gegensatz.“ (Mises 1922, S.130-131)



es nicht möglich, die monetären Produktionskosten durch rücksichtslose Ausbeutung der Naturressourcen zu drücken, die fürs Erste billig, letztlich aber doch erschöpfbar sind? Wenn die Produktion von Luxusautos profitabler als der Bau von Bussen für den öffentlichen Verkehr erscheint - bedeutet das, dass die Luxusautos einen günstigeren Verbrauch von Ressourcen repräsentieren?

Ein Punkt, der von Sozialisten häufig angeschnitten wird, um das Argument der vermeintlichen Identität von Profitstreben und Bedürfnisbefriedigung zu entkräften, betrifft die Einkommensungleichheit im Kapitalismus. Mises' Antwort darauf ist interessant: Er sagt, dass der eigentliche Begriff „Einkommensverteilung“ im Kapitalismus irreführend ist, und zwar aus dem Grund, dass die Einkommen „als Ergebnis von Marktvorgängen, die mit der Produktion in untrennbarer Verbindung sind“, entstehen (Mises 1922, S.138).<sup>12</sup> Es ist keine Frage, dass „zuerst“ produziert und dann „verteilt“ wird. Nur im Sozialismus könnten wir von einer „Verteilung der Einkommen“ im Sinne einer Sache, über die politisch unabhängig vom Produktionsplan zu entscheiden ist, sprechen. Doch Mises' Position, dass die Verteilung der Kaufkraft im Kapitalismus ein endogenes Element des Produktionssystems ist, anzunehmen heißt anzuerkennen, dass die Warenproduktion um des Profits Willen nicht durch die „maximale Bedürfnisbefriedigung“ bestimmt wird, es sei denn, man versucht zu argumentieren, dass menschliche Bedürfnisse an sich in wundersamer Korrelation mit den Geldeinkommen erzeugt werden.

Wir kommen sodann zur Frage, ob im Sozialismus Preise als Mittel der ökonomischen Kalkulation zur Verfügung stehen können. Mises akzeptiert, dass es in einer sozialistischen Ökonomie Märkte und damit auch Marktpreise für Konsumgüter geben kann. Ein Problem ergibt sich allerdings bei Produktionsmitteln. „Die Produktivgüter stehen in der sozialistischen Gesellschaft ausschließlich im Eigentum der Gesamtheit; sie sind unveräußerliches Gemeineigentum und daher *res extra commercium*.“ (Mises 1920, S. 89) Und: „Da kein Produktivgut im Tauschverkehre umgesetzt wird, wird es unmöglich, Geldpreise der Produktivgüter zu erkennen.“ (Mises 1920, S. 90) Für Mises sind aussagefähige Preise notwendiger Weise das Ergebnis genuiner Markttransaktionen zwischen unabhängigen Produzenten. Das Hauptmerkmal des Preises oder Tauschwertes besteht darin, dass er erst „aus dem Zusammenspiel der subjektiven Wertschätzung aller am Tauschverkehr teilnehmenden Wirte entsteht“; nur dank dieses Sachverhalts bringt der Tauschwert „eine Kontrolle über die zweckmäßige Verwendung der Güter“. (Mises 1920, S. 94) Hierin stimmen wir Mises tendenziell zu. Es kann andere Mittel der „Kontrolle über die zweckmäßige Verwendung der Güter“ geben, aber wir akzeptieren seine Auffassung vom *Preis* als Bedingung, unter der Eigentümer bereit sind, sich von Waren zu trennen oder sie zu erwerben. Oskar Lange glaubte jedoch, dass Mises gerade an diesem Punkt verwundbar war, und setzte hier seinen Angriff an.

#### A.6.4 Lange und der neoklassische Sozialismus

„Das Wort 'Preis',“ sagt Lange, „hat zwei Bedeutungen. Es kann den Preis im herkömmlichen Sinne bedeuten, d.h. das Austauschverhältnis zweier Waren

---

<sup>12</sup>Das ist nicht unähnlich zu Marx' Ansicht, dass die Verteilung der Einkommen durch die Produktionsweise bestimmt wird (insbesondere der Produktionsmittel - siehe z.B. MEW, Bd. 19, S. 22). In beiden Fällen führt das Argument zu einer geringschätzigen Haltung gegenüber Modellen einer radikalen Neuverteilung der Einkommen im Kapitalismus.

auf dem Markt, oder es kann die verallgemeinerte Bedeutung von 'Bedingungen, zu denen Alternativen angeboten werden' annehmen. [...] Nur Preise im verallgemeinerten Sinn sind unabdingbar für die Lösung des Problems der Ressourcenverteilung" (Lange 1938, S. 59-60). Lange baut seine Verteidigung des Sozialismus auf der Vorstellung auf, dass eine sozialistische Ökonomie mit einem Preissystem im verallgemeinerten Sinn operieren kann, indem in gewisser Weise ein Marktsystem nachgebildet wird, ohne dennoch aktuell einen Produktionsmittelmarkt zu haben. Wir werden die Hauptmerkmale der Position Langes darstellen um zum einen den Gegensatz zu unseren eigenen Vorschlägen zu verdeutlichen und zum andern den Kontext zu den Gegenargumenten der Österreichischen Schule herzustellen.

Lange geht von den Prinzipien des Walrasschen allgemeinen Gleichgewichts aus, wobei er den Punkt betont, dass der Preisvektor des Gleichgewichts in einer Wettbewerbswirtschaft durch die Bedingung, dass er Angebot und Nachfrage für alle Waren im Gleichgewicht hält, bestimmt ist, solange (a) die Agenten Preise als gegeben und außerhalb ihrer Kontrolle betrachten und (b) sie in einer bestimmten Art und Weise in Bezug auf jene Preise optimieren. Sind (a) und (b) erfüllt, gibt es eine Funktion über der Menge aller Waren, die jeden Preisvektor auf eine bestimmte Kombination von Nachfrageüberschuss und Angebot abbildet, dabei gibt es aber nur einen Preisvektor, der auf den Nullvektor des Nachfrageüberschusses abgebildet wird.<sup>13</sup> Es gäbe keinerlei Gründe, sagt er, warum eine sozialistische Ökonomie dieses Prinzip nicht ausnutzen sollte. Es sei zu fordern, dass die Planungsbehörde für alle Produktionsmittel „Buchungspreise“ ansetzt und bestimmte Anweisungen an die Betriebsleiter herausgibt: Nimm die Buchungspreise als gegeben an; wähle diejenigen Produktionsfaktoren aus, die die durchschnittlichen Produktionskosten bei den gegebenen Preisen minimieren; lege den Output so fest, dass die Grenzkosten gleich dem Outputpreis sind. Gleichzeitig sollten die Betriebsleiter der gesamten Industrie der letzten Regel folgen - „als einem Prinzip, das sie anleitet in der Entscheidung, ob eine Industrie expandieren (indem neue Betriebe errichtet oder die alten ausgebaut werden) oder kontrahiert werden“ soll (1938, S. 76-77). Konsumenten und Arbeiter treffen indessen auf der Grundlage der Preise und Löhne, mit denen sie konfrontiert sind, ihre entsprechenden Entscheidungen über Nachfrage bzw. Arbeitsangebot.

Es gibt natürlich keine Garantie dafür, dass die Entscheidungen, die angesichts eines gegebenen Buchungspreisvektors getroffen werden, miteinander kompatibel sind. Im Fall der Inkompatibilität spielt die Planungsbehörde die Rolle des Walrasschen „Auktionators“, der die Buchungspreise der Güter bei Nachfrageüberschuss steigen und bei Angebotsüberschuss sinken lässt.<sup>14</sup> Dies sollte dann, nach einigen Iterationen, zum sozialistischen allgemeinen Gleichgewicht führen. Weder ist der Einfallsreichtum dieser „Lösung“ zu bestreiten noch ist es schwierig ihren taktischen Vorteil zu sehen: Neoklassische Ökonomen akzeptierten tendenziell die Walrassche Theorie, da, so scheint es, die adäquate Buchführung einer kapitalistischen Wirtschaft *mutatis mutandis* die Gültigkeit

<sup>13</sup>Während ihm klar ist, dass unter bestimmten Bedingungen das Problem mehrfacher Lösungen und der Instabilität des Gleichgewichts auftreten kann, nimmt Lange an, dass ein eindeutiges und stabiles allgemeines Gleichgewicht die Norm ist.

<sup>14</sup>Es wird hier auf Léon Walras Bezug genommen, der in seinen *Eléments d'économie politique pure* aus dem Jahr 1874 die theoretische Fiktion eines gesamtwirtschaftlichen Auktionators einführte.

des Langeschen Sozialismus anzuerkennen gezwungen sein wird.

### A.6.5 Einige Gegenargumente der Österreichischen Schule

Untersuchen wir einige der Vorwürfe, die von österreichischen Kritikern gegen die im vorangehenden Abschnitt kurz zusammengefassten Vorstellungen Langes erhoben wurden. Wir machen drei Hauptpunkte aus: die Behauptung, dass Langes Vorschlag grundlegende Prämissen des Sozialismus kompromittiert, die statische Natur seiner Theorie und das Problem der Anreize.

Mises (1949, S. 701-702) konstatiert, dass nach der geläufigen Definition Sozialismus notwendig „die vollständige Eliminierung des Marktes und des katallaktischen Wettbewerbs“ einschließt. Die vermeintliche Überlegenheit des Sozialismus beruhe auf der „Vereinheitlichung und Zentralisierung“, die dem Begriff des Plans inhärent seien.

Es ist deshalb der Anerkennung der Korrektheit und Unwiderlegbarkeit der Analysen der Ökonomen und der vernichtenden Kritik an den sozialistischen Plänen geschuldet, dass die intellektuellen Führer des Sozialismus nun geschäftig Modelle entwerfen [...] in denen der Markt, Marktpreise für die Produktionsfaktoren und der katallaktische Wettbewerb erhalten bleiben.

Obgleich Lange nicht namentlich genannt ist, scheint klar zu sein, dass Modelle wie seine gemeint sind. Während wir akzeptieren, dass ein Großteil der „marktsozialistischen“ Nachfolgeliteratur tatsächlich den Sozialismus kompromittiert, könnten doch mehrere Punkte zur Verteidigung Langes angeführt werden. Erstens hebt er hervor, dass in seinem System - im totalen Unterschied zum Kapitalismus - die Verteilung der Einkommen unter gesellschaftlicher Kontrolle ist. Zweitens argumentiert er, dass die sozialistischen Planer externe Kosten und Nutzen in Rechnung stellen, die von privaten Firmen ignoriert werden (obwohl er nicht genau sagt, wie). Drittens: Während sein System in gewisser Weise eine *Wettbewerbsökonomie* nachbildet, legt er dar, dass im *gegenwärtigen* Kapitalismus Oligopol- und Monopolherrschaft (1938, S.107) zu einer ungünstigen Verteilung der Ressourcen führt. Schließlich nehmen wir Bezug auf Langes (1967) Aufsatz, in dem er seine dreißig Jahre früher geschriebenen Arbeiten noch einmal überprüft. Hier ordnet er seine ursprünglichen, am Markt orientierten Vorschläge als wesentliches Mittel für die Lösung eines Gleichungssystems (denen eines allgemeinen Gleichgewichts) ein. Nun, da Computer zur Verfügung stehen, sagt er sich, warum nicht die Gleichungen direkt lösen? „Der Marktprozess mit seinen schwerfälligen *tâtonnements* erscheint altmodisch. Er kann in der Tat als ein Rechengerät des vorelektronischen Zeitalters angesehen werden“ (1967, S.158). Unter diesem Aspekt scheint es sinnvoller zu sein, Langes Vorstellungen als „neoklassischen Sozialismus“ denn als „Marktsozialismus“ zu bezeichnen: Es ist klar, dass er den Markt - selbst seinen künstlichen Markt von 1938 - lediglich als ein mögliches Mittel zum Erreichen einer gewissen Optimierung versteht.

Ein zweiter Vorwurf, den die Österreichische Schule gegen Lange erhob, war die statische Natur seiner Lösung. Lavoie (1985, Kap.4) vertritt die Auffassung, dass Lange eine Frage beantwortete, die Mises als trivial ansah, während er sich auf die schwierige Frage der Dynamik gar nicht erst eingelassen habe. Nun verwendet Lange zweifellos eine statische Gleichgewichtstheorie, aber seine Methode ist die der *vergleichenden* Statik, und er spezifiziert einen Angleichungsme-

chanismus, der vermutlich - als Folge von Parameteränderungen (z.B. Änderung der technologischen oder Konsumpräferenzen) - gegen ein allgemeines Gleichgewicht konvergiert. Tatsächlich bestritt Mises, dass ökonomische Berechnung ein Problem unter statischen Bedingungen ist. Unter „statischen Bedingungen“ verstand Mises indes wahre *stasis*: „Hier wiederholt sich im Wirtschaftlichen ja nur immer wieder dasselbe“ (Mises 1920, S. 103). Wie problematisch Langes System auch immer sein mag, man wird kaum behaupten können, dass Mises ihm schon im Voraus widersprochen hat.

Die wesentlichere Frage, die von Mises und Hayek - und später von Lavoie - angeschnitten wurde, betrifft die Geschwindigkeit, mit der auf Parameteränderungen reagiert werden kann. Hayek z.B. konstatierte angesichts der Tatsache, dass der „konstante Wechsel die Regel ist“, dass „ob und wie weit etwas sich dem gewünschten Gleichgewicht überhaupt nähern kann, [...] vollständig von der Geschwindigkeit der Anpassung“ abhängt (Hayek, 1949, S. 188). Er argumentiert weiter, dass zentral diktierte Preise nicht so flexibel auf Änderungen reagieren können wie Marktpreise. Die Wichtigkeit dieses Punktes geht über die Beurteilung der Langeschen partikulären Argumentation hinaus. Allgemeiner gesagt, wenn die für die sozialistische Planung erforderlichen Berechnungen in Bezug auf das Tempo der Veränderungen in der Konsumentennachfrage und in der Technologie zu lange dauern, gibt es Probleme in der Planung. Wir haben in den Kapiteln 3 und 6 ausgeführt, dass mit moderner Computertechnologie die relevanten Rechnungen schnell genug ausgeführt werden können.

Vielleicht sollten wir bei dieser Frage noch ein bisschen verweilen. Der Vorwurf, dass die „statische“ Natur des Langeschen Systems den Erfordernissen der Realität nicht Stand hält, ist das Gegenstück zum Wiederaufleben der Österreicherischen Schule, und obwohl sich die Vorschläge dieses Buches wesentlich von denen Langes unterscheiden, könnte man meinen, dass sie derselben Kritik gegenüber anfällig sind. Insbesondere betrifft die Behauptung von Mises und Hayek, dass die sozialistischen Planer außerhalb einer statischen Ökonomie nicht über die vollständigen und aktuell erforderlichen Informationen verfügen, auch unsere Vorstellungen. Soweit solche Behauptungen auf begrenzten Kommunikations- und Speichermöglichkeiten beruhen, sind sie schlicht obsolet geworden. Gibt es jedoch eine weitergehende Begründung dafür? Lavoie meint, dass das Problem nicht so sehr in der *Sammlung* als in der *Beschaffung* der Daten liegt. Es ist richtig, dass, wenn sich Technologie und Konsumentenwünsche mit der Zeit ändern, ist der beste Weg nicht immer (oder eher im Allgemeinen) von vornherein bekannt. Experimente sind erforderlich. Soweit kapitalistische Unternehmer solche Experimente durchführen, erfüllen sie eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Aber die Vorstellung, dass nur kapitalistische Unternehmer diese Funktion erfüllen können, erscheint uns gegenstandslos.<sup>15</sup> Eine sozialistische Ökonomie könnte ein „Innovationsbudget“ einrichten, wobei ein vereinbarter Anteil der gesellschaftlichen Arbeitszeit gerade solch einem Experimentieren mit neuen Prozessen und Produkten gewidmet ist. Bereits bestehende Betriebe oder Leute mit neuen Ideen könnten sich für einen Anteil an diesem Budget bewerben. Die Budgeteinrichtung könnte in zwei oder mehr

---

<sup>15</sup>Die Tatsache, dass eine dynamische Ökonomie fortwährend nach neuen Methoden und Produkten suchen muss und deshalb die durch eine „Produktionsfunktion“ gegebene Information nicht ein für alle Mal gegeben ist, tendiert bei Mises und Hayek zur „Mystifikation“ des Unternehmers - was nichts anderes als einen radikalen Subjektivismus überdeckt, für den wir keine wissenschaftliche Rechtfertigung entdecken können.

parallele Behörden aufgeteilt werden, so dass angehende Innovatoren mehr als eine Chance der Förderung ihrer Ideen haben (und so das Risiko der „Verknochenerung“ des Prozesses vermindert wird). Neue Produkte, die aus erfolgreichen Experimenten hervorgehen, könnten in den regulären Plan eingebaut und erfolgreiche Technologien als Element der regulären Input-Output-Struktur der Ökonomie „registriert“ werden. Siehe Kapitel 6 und 9 für eine weitere Diskussion dieser Punkte.

Der dritte Einwand betrifft - in Verbindung mit der sozialen Funktion der Kapitalisten - die Anreize. Bei Lange handeln die sozialistischen Manager, um eine optimale Verteilung der Ressourcen zu erreichen, nach bestimmten Regeln. Mises antwortet, dass es vernünftig erscheinen mag, eine Parallele zwischen solchen sozialistischen Managern und den angestellten Managern einer kapitalistischen Aktiengesellschaft zu ziehen, insgesamt dabei aber die vitale Rolle des *Kapitalisten* selbst übersehen wird, die durch angestellte Funktionäre nicht nachgebildet werden kann. Für die dynamische Abstimmung einer kapitalistischen Ökonomie ist erforderlich,

dass das Kapital von bestimmten Produktionszweigen und Betrieben zurückgezogen und in anderen Produktionszweigen eingesetzt wird [...]. Das ist nicht Sache der Manager von Kapitalgesellschaften, es ist wesentlich Sache der Kapitalisten - der Kapitalisten, die Aktien und Anteile kaufen und verkaufen, die Darlehen gewähren und wieder hereinholen, [...] die mit aller Art Waren spekulieren (Mises , 1951, S. 139).

Darüber hinaus behauptet Mises : „[...] kein Sozialist würde bestreiten, dass die Aufgabe, die Kapitalisten und Spekulanten im Kapitalismus erfüllen [...], von ihnen nur erfüllt wird, weil sie dem Reiz unterliegen, den Profit zu machen und damit ihr Eigentum zu mehren oder zumindest so zu leben, dass ihr Kapital nicht vermindert wird“ (Mises 1951, S. 141). Mag sein, dass es so ist, aber es nicht ganz klar, warum Mises dieses Argument hier einbringt. Mises argumentiert direkt gegen den Marktsozialismus , indem er behauptet, dass das Marktsystem ohne Kapitalisten nicht existieren kann. Das mag stimmen, aber, wie wir oben angemerkt haben, ist „Marktsozialismus “ nicht die korrekte Bezeichnung für Langes System. Er mag außerdem auch sagen, dass die wesentlichen Investitionsentscheidungen, Entscheidungen, die Betriebe abwickeln oder konsolidieren, usw. nicht auf das Verfahren nach einfachen Regeln reduziert werden kann. Das ist auch richtig und trifft Lange vielleicht. Aber wir bestreiten rundweg Mises ' Behauptung, dass solche Entscheidungen gewissenhaft, mit gebührender Vorsicht gegenüber dem Risiko, aber auch ohne zu sehr am Gewohnten zu hängen, nur von Individuen getroffen werden können, die durch die Aussicht auf großen persönlichen Reichtum (im Falle des Erfolgs) oder persönlichen finanziellen Ruin (im Falle des Misserfolgs) motiviert sind.

## A.7 Warum Arbeitszeit?

Auf einer Konferenz, die 1992 auf Betreiben von Waclaw Klaus vom Pareto Institute in Lausanne organisiert wurde, waren wir die einzigen Ökonomen, die die Idee der Planwirtschaft verteidigten. Unser Gebrauch der Arbeitswerttheorie wurde als eine Form von „Naturalismus“ kritisiert. Es wurde behauptet, statt Arbeit hätte man genau so gut Öl als Wertbasis nehmen können. Einen Beitrag

zur Wiederherstellung der wissenschaftlichen Gültigkeit der Arbeitswerttheorie zu liefern war ein Element unseres Forschungsprogramms der letzten Dekade. Es gibt einen wachsenden Fundus an empirischer Forschung, der die Gültigkeit der Arbeitswerttheorie bestätigt und wir sind mehr denn je von der Stichhaltigkeit unseres Vorgehens überzeugt.<sup>16</sup>

Zwei andere Fragen sind in letzter Zeit von linken Ökonomen aufgeworfen worden. Erstens, ob es zulässig ist die Kategorie Arbeitswert in einer sozialistischen Ökonomie zu verwenden. Sollten wir nicht Wert und „abstrakte Arbeit“, auf der er beruht, als etwas dem Kapitalismus Spezifisches ansehen? Zweitens, war nicht gerade Marx ein scharfer Kritiker des „Arbeitsgeldes“ und propagieren wir damit nicht etwas, das Marx angegriffen hat?

### A.7.1 Wert und abstrakte Arbeit

Was die erste Frage betrifft: Die Vorstellung, dass der Begriff Arbeitswert etwas spezifisch Kapitalistisches ist, hat auf den ersten Blick etwas für sich. Man möchte nicht den Fehler klassischer und neoklassischer Ökonomien wiederholen und vergängliche historische Formen wie Lohn und Kapital für ewige Bestandteile jeglicher Ökonomie halten. Wird nicht mit der Abschaffung der Warenproduktion im Sozialismus der Wert selbst verschwinden?

Wir meinen, diese Vorstellung verwechselt überhistorische Kategorien mit ihrer historischen Erscheinungsform. Produktionsinstrumente bilden eine transhistorische Kategorie; Kapital ist eine historisch spezifische Form, in der sie sich darstellen können. Wir sehen abstrakte Arbeit als eine ähnlich überhistorische Kategorie an. Es ist die Anpassungsfähigkeit menschlicher Arbeit, die uns von anderen Lebewesen unterscheidet. Anders als Ameisen- oder Bienenarbeiter sind wir nicht für eine Aufgabe geboren: Wir lernen unsere Rollen im Leben und können lernen uns zwischen zwei Rollen zu bewegen. Es ist diese abstrakte polymorphe Möglichkeit menschlicher Arbeit, die menschliche Gesellschaft ermöglicht. Alle Gesellschaften sind von der Länge eines Tages und der Größe ihrer Bevölkerung abhängig. Sie unterscheiden sich in den Mitteln, die die menschlichen Individuen - von undifferenzierten kindlichen Wesen bis zu produktiv handelnden, konkrete Rollen ausfüllende Wesen - übernehmen. In Kastengesellschaften mag die abstrakte Möglichkeit jeden Individuums nicht verwirklicht sein, aber es gibt sie. Es gibt keine signifikante genetische Differenz zwischen einem Kind aus der Kaste der Unberühmbaren und der Bramahnenkaste, obwohl starre soziale Gewohnheiten dies in solchen Gesellschaften so erscheinen lassen können.

Eine kapitalistische Gesellschaft, die es im Prinzip jeder Person erlaubt, für jede Tätigkeit, für die sie ausgebildet werden kann, eingestellt zu werden, bringt den abstrakten Polymorphismus der menschlichen Arbeit klarer als andere Produktionsweisen hervor. Natürlich wissen wir, dass es in solchen Ländern Diskriminierung auf Grund von Hautfarbe, Religion oder Geschlecht gibt, aber diese Diskriminierung befindet sich im Widerspruch zum Prinzip der Arbeitsmobilität und in der Tendenz geht eine solche Diskriminierung in der kapitalistischen Gesellschaft auch zurück. Ferner wird in kapitalistischen Gesellschaften die abstrakte Fluidität menschlicher Arbeit durch die Klassenbildung gehemmt,

---

<sup>16</sup>Siehe Ochoa (1989), Petrovic (1987), Shaik (1984), Valle Baeza (1994), Cockshott und Cottrell (1997), Cockshott, Cottrell und Michaelson (1995), Cockshott und Cottrell (2003)

die Ausbildung und Schulung in Familien aus der Arbeiterklasse einengt. Aber gerade diese verbleibenden Restriktionen in der abstrakten Arbeit sind es, die der Sozialismus abschaffen will, indem alle Kinder gleiche Berufschancen bekommen. Dies ist ein wesentlicher Bestandteil des Sozialismus: *Er überführt die abstrakte menschliche Gleichheit in gesellschaftliche Realität.*

### A.7.2 Marx und die Kritik am „Arbeitsgeld“

Machen wir uns mit dem „Arbeitsgeld“-Konzept eines Vorschlags schuldig, den Marx angegriffen hat? Die kurze Antwort ist: nein. Nichtsdestoweniger sind Marx' (und Engels') Kritik am Arbeitsgeldkonzept von Autoren, die von Kautsky bis zum antikommunistischen Wirtschaftshistoriker Terence Hutchison reichen, missdeutet worden, so dass wir in diesem Abschnitt den Versuch machen, diese Missverständnisse aus dem Weg zu räumen.

Der eigentliche Gegenstand der Kritik von Marx und Engels könnte als eine naive sozialistische Aneignung der Ricardoschen Werttheorie beschrieben werden. Wenn wir, so argumentieren die Reformer, die Bedingung verfügen könnten, dass sich die Waren wirklich nach der in ihnen enthaltenen Arbeit austauschen, wäre Ausbeutung ausgeschlossen. Von daher die Vielzahl der Modelle, angefangen von John Gray über eine lange Liste englischer „ricardianischer Sozialisten“ bis zu Proudhon in Frankreich und Rodbertus in Deutschland, die den in Übereinstimmung mit den Arbeitswerten stehenden Austausch erzwingen wollten.<sup>17</sup> Laut Marx und Engels repräsentierten diese Modelle - bei allen ehrenhaften Absichten ihrer Verbreiter - den utopischen, tatsächlich aber reaktionären Versuch die Uhr auf eine Welt der einfachen Warenproduktion und des Austausches zwischen unabhängigen Produzenten mit eigenen Produktionsmitteln zurückzustellen.

Die Arbeitswert-Utopisten beachten zwei wesentliche Punkte nicht. Erstens vollzieht sich kapitalistische Ausbeutung durch den Warenaustausch im Einklang mit ihren Arbeitswerten (mit dem Wert der besonderen Ware „Arbeitskraft“, die durch den Arbeitswert der Subsistenzmittel des Arbeiters bestimmt ist). Zweitens: Obgleich im Kapitalismus der Arbeitsinhalt das *langfristige Gleichgewicht* der Austauschverhältnisse der Waren regelt, beruht der Mechanismus, durch den die Produktion - bei sich ändernder Technologien - ständig an die wechselnde Nachfrage angepasst wird, auf der *Abweichung* der Marktpreise von den Arbeitswerten des langfristigen Gleichgewichts. Diese Abweichungen erzeugen unterschiedliche Profitraten, die wiederum das Kapital dazu verleiten in Produktionszweige zu wandern, in denen das Angebot unzureichend ist, und aus Zweigen mit einem Überangebot abzuziehen, wie von Adam Smith und David Ricardo analysiert wurde. Wird solch eine Abweichung durch Zwang verunmöglicht und der Signal auslösende Mechanismus der Marktpreise auf diese Weise außer Kraft gesetzt, wird überall Mangel oder Überschuss an bestimmten Waren und somit das Chaos eintreten.<sup>18</sup>

---

<sup>17</sup>Marx kritisiert Proudhons Modell in seinem Werk *Das Elend der Philosophie* (1848), MEW Bd. 4, S.63 ff. und handelt John Gray ab in *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*, MEW Bd. 13, S. 66ff, während Engels sich mit Rodbertus' Variante in seinem 1884 geschriebenen Vorwort zur deutschen Ausgabe von *Das Elend der Philosophie*, MEW Bd. 4, S. 558ff., auseinandersetzt. Zwischen Marx 1847 und Engels 1884 findet man eine konsistente Linie im Angriff auf solche Vorschläge.

<sup>18</sup>Zur Erhärtung dieser Punkte sind wörtliche Zitate kaum nötig. Siehe zum Beispiel MEW Bd. 4, S103-105.

Folgender Punkt taucht wiederholt in der Marxschen Kritik auf: Bezüglich der Arbeitswerttheorie ist es die *gesellschaftlich notwendige* Arbeitszeit, die die Gleichgewichtspreise regelt, und nicht der rohe Arbeitsinhalt (MEW Bd. 4, S. 82-84, 95). Aber in warenproduzierenden Gesellschaften bildet sich das, was gesellschaftlich notwendige Arbeit ist, erst im Marktwettbewerb heraus. Arbeit (in unabhängigen Unternehmen) ist zu allererst „privat“ und wird erst durch den Warenaustausch als gesellschaftlich bewertet oder konstituiert. Die gesellschaftliche Notwendigkeit der Arbeit hat zwei Dimensionen. Als Erstes wären die technischen Produktionsbedingungen und die physische Arbeitsproduktivität zu nennen. Ineffizienten oder faulen Produzenten, oder solchen, die veraltete Technologie benutzen, wird es nicht gelingen einen Marktpreis zu erzielen, der sich in Übereinstimmung mit ihrem tatsächlichen Arbeitsinput befindet, sondern nur mit einem kleineren Betrag, der als „notwendig“ definiert ist (entweder in Bezug auf die durchschnittliche Produktivität oder auf die bestpraktizierte Technik - Marx ist da nicht immer ganz konsistent oder genau). Zweitens gibt es die gesellschaftliche Notwendigkeit der Arbeit in dem Sinn, dass sie in Bezug auf die aktuelle Nachfragestruktur betrachtet wird. Wird eine bestimmte Ware in Relation zur Nachfrage überproduziert, wird sie auch nicht einen Preis erzielen, der in Übereinstimmung mit ihrem Arbeitswert steht - sogar, wenn sie mit durchschnittlicher oder besserer Technik hergestellt wurde. Die Anhänger des Arbeitsgeldes möchten diesen Prozess umgehen, indem sie so tun, als ob jede Arbeit *unmittelbar* gesellschaftlich sei. Die Auswirkungen können innerhalb einer warenproduzierenden Gesellschaft nicht anders als desaströs sein.

Nun sind die Lektionen, die Marx und Engels den Arbeitsgeld -Sozialisten erteilt haben, soweit sie den prachtvollen Mechanismus von Angebot und Nachfrage unter dem Kapitalismus und die Torheiten einer willkürlichen Festlegung der Preise in Übereinstimmung mit dem tatsächlichen Arbeitsinhalt betreffen, ziemlich angenehm für die Sozialismuskritiker. Terence Hutchinson (1981, S. 14-16) z. B. lobt Engels für seine Anerkennung „der wesentlichen Rolle des kompetitiven Marktmechanismus“, wie man in seiner Kritik an Rodbertus nachlesen kann. „Mises und Hayek“, schreibt Hutchinson, „hätten das kaum überzeugender tun können“. Da aber Hutchinsons mit seinem Lob lediglich Anlauf nimmt für die Beschuldigung Engels', dass dieser nicht begreife, dass genau dieselbe Kritik seinen und Marx' eigenen Vorschlägen für eine sozialistische Planung den Boden unter den Füßen wegzieht, müssen wir den Rahmen, innerhalb dessen Marx am Arbeitsgeld Kritik übte, genauer aufzeigen.

Für die Geschichte der Debatte erscheint von größerer Wichtigkeit zu sein, dass Kautsky ebenfalls die Kritik am Arbeitsgeld als entscheidenden Einwand am marxistischen Ziel der direkten Berechnung in Form von Arbeitsinhalten ansah, so dass in den Zwanzigerjahren die Situation eintrat, dass sich die Figur, die im Westen weithin als der maßgebliche Wächter des Marxschen Erbes betrachtet wurde, von dieser zentralen Lehre des klassischen Marxismus abkehrte.<sup>19</sup> Vor diesem Hintergrund kann man abschätzen, warum sich Mises eine

---

<sup>19</sup>In seinem Buch *Die soziale Revolution* (1902) legt Kautsky eine kurze und ziemlich zweideutige Diskussion des „Wertgesetzes“ und des Sozialismus dar, die Aussagen der klassischen marxistischen Thesen mit seltsam verqueren Kommentaren über die „Unentbehrlichkeit“ des Geldes kombiniert. In seinem späteren Werk *The Labour Revolution* (1925, S. 261-270) sind die Formulierungen von Marx und Engels zugunsten einer generellen Argumentation über die Notwendigkeit von Geld und Preisen fallen gelassen worden. Diese Argumentation scheint etwas von der oben diskutierten „Kritik des Arbeitsgeld“ beeinflusst zu sein; sie stützt sich auch



kurze und ziemlich aus dem Ärmel geschüttelte Abkantung der Planung mittels Arbeitswerten erlauben konnte.

Aus der Darstellung der Kritik am Arbeitsgeld, die wir oben wiedergegeben haben, sollte der Rahmen dieser Kritik klar geworden sein. Was Marx und Engels zurückwiesen, war die Vorstellung, *im Kontext einer warenproduzierenden Ökonomie*, in der die Produktion privat ist, Preise in Übereinstimmung mit dem tatsächlichen Arbeitsinhalt zu fixieren. In einer Ökonomie hingegen, in der die Produktionsmittel unter öffentlicher Kontrolle sind, *wird* die Arbeit direkt gesellschaftlich in dem Sinn, dass sie einem vorher aufgestellten Plan unterworfen ist. Hierbei ist die Berechnung des Arbeitsinhalts der Güter ein wichtiges Element im Planungsprozess. Und hier vollzieht sich die Verteilung der Ressourcen in Übereinstimmung mit den Veränderungen in den gesellschaftlichen Bedürfnissen und Prioritäten eben nicht über die Reaktion profitsuchender Firmen auf die Abweichungen der Marktpreise von den langfristigen Gleichgewichtswerten, so dass die Kritik am Arbeitsgeld schlicht irrelevant wird. Dies ist der Kontext, in dem Marx' Vorschlag für die Verteilung der Konsumgüter durch „Arbeitszertifikate“ steht.

Dieser Vorschlag erscheint am ausführlichsten unter Marx' kritischen Kommentaren zum Gothaer Programm der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei von 1875 (MEW 19, S. 16-22). Zunächst führte Marx gegen die Forderung nach „unverkürztem Ertrag der Arbeit“ für die Arbeiter aus, dass eine sozialistische Gesellschaft einen substanziellen Teil des Gesamtprodukts für die Deckung des Verschleißes, der Akkumulation von Produktionsmitteln, Sozialversicherung, Verwaltung, Befriedigung öffentlicher Bedürfnisse (Schulen, Gesundheitsdienste, usw.) und die Versorgung der Arbeitsunfähigen zur Verfügung stellen muss. Nichtsdestoweniger wird ein Teil des Gesamtprodukts für die persönliche Konsumtion verteilt. Was die Natur dieser Verteilung betrifft, spricht Marx von zwei Stadien in der Entwicklung zum Kommunismus. Erst wenn zu einem zukünftigen Zeitpunkt „alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen - erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont überschritten werden“ und das berühmte Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ verwirklicht werden; aber im ersten Stadium des Kommunismus fasst Marx eine Situation ins Auge, in der das Individuum - bis auf die oben genannten Abzüge - das zurück erhält, was es der Gesellschaft gegeben hat.

Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Z.B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden. Die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. (MEW Bd. 19, S. 20)

Die Arbeitsgutscheine, von denen Marx hier spricht, unterscheiden sich völlig von Geld. Sie zirkulieren nicht, vielmehr werden sie gegen Erwerb der

---

auf die Vorstellung, dass die Messung von Arbeitsinhalten undurchführbar ist - sie „könnte nicht einmal durch den kompliziertesten Staatsapparat, den man sich vorstellen kann, geleistet werden“ (S. 267). Im Übrigen ist Kautsky (1925) ein erbitterter Kritiker der Neurathschen „Planung in Naturalien“ aus fast den gleichen Gründen wie Mises und Hayek.

Konsumtionsmittel von gleichem Arbeitsinhalt gestrichen. Und sie können allein für Konsumgüter benutzt werden - man kann mit ihnen weder Produktionsmittel noch Arbeitskraft kaufen und sie können folglich auch nicht als Kapital funktionieren.

Die Logik der Marxschen Position ist klar: „Arbeitsgeld“ in einer warenproduzierenden Gesellschaft ist ein utopischer und ökonomisch unsinniger Gedanke, die Bereitstellung von Konsumgütern mittels Arbeitsgutscheinen im Sozialismus ist jedoch eine ganz andere Sache. Es ist eine Möglichkeit der Verteilung eines gewissen Anteils des Sozialprodukts in einem System, in dem sich die Produktionsweise selbst durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Einrichtung der Planung geändert hat. Darüber hinaus ist es eine Verteilungsweise, die Marx selbst verteidigte.